

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
janzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (1926)

6. Jahrgang.

Samstag, 8. Mai 1926.

Nr. 108.

Die Regierung und die Zölle.

In der Donnerstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses brachten die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag ein, durch den die Regierung aufgefordert werden sollte, ihre Stellung zu der Forderung nach Einführung der Lebensmittelzölle bekanntzugeben. Die alten Koalitionsparteien traten darauf zu einer Beratung zusammen und fassten den Beschluss, selber einen Antrag in diesem Sinne einzubringen, der auch eingebracht und angenommen wurde. Außerlich ist die Koalition tot, aber nach Bedarf erwacht sie wieder zum Leben, und dieser Bedarf entstand diesmal, da man doch den deutschen Sozialdemokraten nicht gönnen konnte, daß eine Anregung von ihnen Erfolg habe. Vorwiegend aber war es wohl das Bedürfnis, ein bißchen Vorarbeit für die Neubildung der allnationalen Koalition zu machen und die scharfen Gegensätze, welche gegenwärtig zwischen den ehemaligen Regierungsparteien klaffen, dadurch zu mildern, daß man der Regierung Gelegenheit geben wollte, beschwichtigend einzugreifen. Die neue Sekta, Dvanacka, oder wie die fallweise zusammen tretende Surrogatkörperchaft für die Koalition heißen mag, blieb darauf eifrig beratend zusammen, um gleich über Form und Inhalt der Erklärung einig zu werden, welche die Regierung im Abgeordnetenhaus abgeben sollte. Gestern Nachmittag war man endlich so weit, daß der Ministerpräsident das Wort ergreifen konnte. Und Cerny sprach. . . .

Was der Ministerpräsident gestern im Abgeordnetenhaus über die Zollfrage und andere Fragen vortrug, sollte offenkundig über den gegenwärtigen Streit zwischen den früheren Koalitionsparteien hinausreichend, der neuen Koalition die Wege ebnen. Die deutschen Agrarier, die deutschen Christlichsozialen und die deutschen Gewerbetreibenden, die sich, weil sie unter der Führung der tschechischen Agrarier den besinnungslosen Sufarentritt um Einführung des sechsfachen Friedenszolles mitmachten, schon in der Regierung saßen, werden von der Rede Cernys bitter enttäuscht sein. Wenn sie zu lesen und zu hören verstehen, muß ihnen aus der Rede des Ministerpräsidenten die Erkenntnis reifen, daß die früheren Koalitionsparteien noch lange nicht daran denken, ihnen für die Bereitwilligkeit, mit der sie für die von den tschechischen Agrariern verlangten ungeheuerlichen Hungerzölle eintraten, den Dank durch Einräumung eines Platzchens an der Regierungssonne abzustatten. Die Furcht, es könnte nach restloser Erfüllung der Zollwünsche der Agrarier jede Möglichkeit schwinden, an die Neuaufrichtung der Koalitionsherrschaft zu schreiten, so daß dann der Zwang entstehen könnte, eine gemischtnationale Regierung zu bilden, mit einem Worte das schöne Ideal des Nationalstaates zu begraben, hat die alten Koalitionsmacher auf die Beine gebracht.

Cernys Rede war eine Verhugung. Einleitend jagte der Ministerpräsident, die Regierung wolle nach wie vor das Programm der früheren Regierung durchführen, aber was er später jagte, war denn doch nicht ganz im Geiste Svechlas gehalten, vielmehr merkte man ein deutliches Abrücken von dem zollwucherischen Draufgängertum, mit dem die Svechla-Regierung das Parlament terrorisiert hat. Man braucht das, was der Ministerpräsident jagte, nicht zu überschätzen, denn seine Rede bewegte sich meist in allgemeinen, zu nichts verpflichtenden Redensarten, aber gegenüber dem Galopp, in dem Svechla und seine Partei der Bevölkerung die Vorkriegszölle aufzuzwingen suchten, unterschied sie sich durch ein doch etwas langjames Tempo. Der von flinken Zeitungsschreibern als großer Staatsmann ausgeschriebene Svechla kannte in der Zollfrage keine anderen Erwägungen, als die Rücksichtnahme auf die Profitgier seiner Klassengenossen, soziale und volkswirtschaftliche Bedenken kamen ihm dabei nicht über die Schwelle des Bewußtseins. Als Ministerpräsident fühlte er sich lediglich als der Willensvollstrecker seiner Partei und die kleineren Svechlas, die nach keinem Urlaubs-

Der Parteivorstand an das englische Proletariat

Der Parteivorstand hat in seiner gestrigen Sitzung folgende Rundgebung beschlossen, worin dem streikenden englischen Proletariat die Brudergrüße unserer deutschen Arbeiterschaft übermittelt und der feste Entschluß verdolmetscht wird, unsere Solidarität nötigenfalls auch durch die Tat zu beweisen.

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik entbietet der im Kampfe stehenden Arbeiterklasse Englands die Brudergrüße des sudetendeutschen Proletariats. In dem Bewußtsein, daß das gigantische Ringen um die Lebensbedingungen des englischen Grubenproletariats und um die Organisationsform des englischen Bergbaues weit über den Rahmen einer noch so gewaltigen Lohnbewegung hinaus für das weitere Schicksal der Arbeiterklasse von entscheidender Bedeutung sein wird, verfolgt die deutsche Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei den Feldenkampf der englischen Arbeiter mit gespannter Aufmerksamkeit und wünscht ihnen einen raschen und vollen Erfolg.

Die deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei sind bereit, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um den Gefühlen innigster Solidarität mit den Kämpfenden auch durch die Tat Ausdruck zu verleihen.

Die Solidarität der deutschen Gewerkschaften.

Berlin, 7. Mai. (Eigenbericht.) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft, in dem zu Sammlungen für die streikenden englischen Kollegen aufgefordert wird.

Der deutsche Verkehrsbund hat die Seeleute und Hafenarbeiter aufgefordert, die Verschiffung von Kohle nach England, die Aufnahme von deutscher Bunkerkohle durch englische Schiffe, sowie die Befahrung von englischen Schiffen durch deutsche Mannschaften zu verhindern.

Unterstützung durch die französischen Arbeiter.

Paris, 7. Mai. (Tsch. N. B.) Der Exekutiv-ausschuß des Allgemeinen Arbeitsverbandes (CGT.) beschloß in seiner heutigen Sitzung, die vollkommene Solidarität mit den englischen Streikenden und genehmigte die bisherigen Vorkehrungen der einzelnen Gewerkschaftsverbände, denen zufolge jeglicher Export von

Kohle nach England verhindert und den streikenden englischen Arbeitern finanzielle Hilfe gewährt werden soll, die durch Sammlungen in den einzelnen Verbänden beschafft werden soll.

Die österreichischen Gewerkschaften für materielle Unterstützung des Streiks.

Wien, 7. Mai. Die Gewerkschaftskommission beschloß, dem Präsidium die Generalvollmacht zu erteilen, einer Vorstandskonferenz der Gewerkschaften den Vorschlag zur materiellen Unterstützung der englischen Arbeiter zu unterbreiten. An den Generalkrat des Gewerkschaftskongresses wurde ein Sympathietelegramm abgefaßt.

Arbeitskonflikt auch in Amsterdam.

Amsterdam, 7. Mai. (Tsch. N. B.) Eine Anzahl Arbeiter des Amsterdamer Gasbetriebs, die sich auf Veranlassung des zentralen Bundes der Transportarbeiter weigerten, an den Bunkerarbeiten für die im königlichen Dock liegenden englischen Dampfer „Bentham“ zu beteiligen, ist entlassen worden. Die Bunkerarbeiten wurden später mit neuem Personal fortgesetzt.

Vor dem Rücktritt des Reichstanzlers.

Die Entscheidung beim Zentrum.

Berlin, 7. Mai (Eigenbericht.) Durch die neueste Erklärung der Demokraten, für das Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten zu stimmen, dürfte das Schicksal der Regierung Luther entschieden sein. Nur wenn die Deutschnationalen der Regierung zu Hilfe kommen, könnte sie noch gerettet werden. Von Seite der deutschen Volkspartei werden alle Anstrengungen gemacht, die Deutschnationalen für eine Zusammenarbeit in der Regierung — wenn auch ohne Luther — zu gewinnen. Nach diesem Plane soll Stresemann Reichstanzler und ein Deutschnationaler Reichsaussenminister werden. Das aber würde einen Bruch mit der bisherigen Außen-

politik bedeuten und damit zum Ausscheiden des Zentrums aus der Regierung führen.

Es ist aber auch möglich, daß die Krise einen ganz anderen Verlauf nimmt. Im Zentrum mehren sich nämlich die Stimmen, für den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag zu votieren. Die Entscheidung hierüber liegt beim Parteiausschuß des Zentrums, der Montag zusammentritt. Beschließt das Zentrum, dem Reichstanzler das Mißtrauen auszusprechen, so wird die Demission Luthers bis zum Dienstag vollzogen sein, so daß eine Debatte über die Flaggennaffäre gar nicht stattfinden wird.

antritt die Führung der Politik der agrarischen Partei übernehmen, bemühen sich, getreu in seinen Fußstapfen einherzuschreiten, wobei ihnen auch die neu angeworbenen Hilfsmannschaften aus den deutschböhmischen Parteien brav und willig nachschloßen. Die tschechisch-deutsche Hungerzollmehrheit ist gebildet und alles spricht dafür, daß der Zollantrag Donats unveränderte Annahme finden würde. Aber da tauchte die Frage auf: was dann? Die Schaffung von Lebensmittelzöllen in jener Höhe, wie sie von den nimmerjatten Agrariern gefordert werden, würde das Wiederauflieben der Koalition schier unmöglich machen und darum durfte Herr Cerny gestern im Abgeordnetenhaus erklären, daß die Regierung nicht ohne eine Prüfung der voraussetzlichen Wirkungen der Zölle an ihre Einführung gehen wolle. In der Erklärung heißt es, die Regierung wolle feststellen, welchen Einfluß die Minderung der geltenden Zölle auf das Lebensniveau der breiten Volksschichten, auf die Löhne und auf die Existenzgrundlagen, aber auch auf die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Erzeugnisse auf dem eigenen Markt und auf dem Weltmarkt haben könnte, auch müßte die Regierung bei der Beurteilung der Höhe der einzuführenden

Zölle die Erfahrungen, die in anderen Staaten mit ähnlichen Erzeugnissen und Lohverhältnissen gemacht wurden, berücksichtigen.

In der Rede des Ministerpräsidenten ist manches Wort der Befinnung, manches, das bisher nur von den Sozialdemokraten gesagt wurde, wobei sie lauben Ohren predigten. Die tschechisch-deutsche Zollmehrheit war entschlossen, den Raubzug der agrarischen Zollwucherer im vollen Umfange durchzuführen, sie wird jetzt erkennen müssen, daß alle ihre Blühträume doch nicht in Erfüllung gehen können. Die Regierung muß, wohl hauptsächlich nur deshalb, weil die Sorge um die Erneuerung der allnationalen Koalition besteht, zugeben, daß die Zollfrage nicht lediglich eine Angelegenheit der Agrarier, sondern im eminentesten Sinne des Wortes eine allgemein volkswirtschaftliche und finanzpolitische ist. Für die Arbeiterschaft ist und bleibt sie in erster Linie eine Frage der Erhaltung ihrer ohnehin auf das äußerste eingeschränkten Lebenshaltung. Es kann sie daher auch die Erklärung des Herrn Cerny nicht im geringsten beruhigen. Sie muß auf der Wacht bleiben, muß den Kampf gegen die ihr drohende Zollbelastung unbeirrt weiterführen.

Zum deutschen Muttertage.

Und wieder mittertag es, teufsch und schön. Der ganz und gar unpolitische „Bund der Deutschen“ hat ein Werkbüchlein herausgegeben, das von Herrn Walter Schlesinger für diese Zwecke sehr geschickt gemacht worden ist. Man muß es den Arischen lassen, daß sie ihr Geschäft verstehen. Gerade deshalb schein eine kurze Besprechung der Broschüre geboten. „Gehilfin Gottes sein, heiße ich Muttertag“, heißt es einleitend. Und dem Herrn Max Jungnickel kommt jedes Kind vor wie ein „Seelenlästchen, darin der Schmutz der Erwigkeiten liegt“. „Und wenn sie (die Mutter nämlich) etwas findet, in der Stube, auf der Wiege oder im Walde, so etwas ganz Schönes, so legt sie's mit in das Seelenlästchen.“ „Sie erklärt ihnen (den Kindern) das Leben der Käfer“ — „oder sie spricht von den Blumen mit sonniger Frömmigkeit.“ „Mandmal denkt sie sich auch traurige Geschichten aus von Bibern, die in Steinen schlafen“, „vom Gesang der Adereschollen weiß sie zu erzählen, von den Wandergefühlen der Sterne“ — nein, ist das schön, zart, innig und so echt teufsch! Was doch so ein Jungnickel alles zusammenphantasiert! „Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, — er müsse sich dabei auch etwas denken lassen“ — dieses Wort aus dem „Faust“ ist da sehr angebracht. Heinrich Heine's knappe Erzählung von einem außerordentlichen Beispiele von Mutterliebe ist wohl nur zufällig in die Sammlung gekommen. Es wird darin nämlich erzählt, wie im Jahre 1772 eine Eisbärin mit zwei Jungen sich einem Schiffe nähert, das die Artie erforschen soll. Die Schiffsmannschaft schießt die Jungen tot, das alte Muttertier streicht und leckt die Toten, bis es selbst, tödlich verwundet, zusammenbricht. Heine hat die Frage nicht beantwortet, wo die Bestien zu suchen sind. Gemütsbildend und veredelnd wird die Sage auf empfängliche Kinderherzen wirken, in der erzählt wird, wie eine Frau ihr Kind verlor, daß es eingemauert werde, um die Burg unheimlich zu machen. Aus dem grausamen, finstern Mittelalter in lichte deutsche Gegenwart führt eine Dichterin mit dem urgermanischen Namen — Molnar, Molnar mahnt: „deutsch sei der Geist, der rein dein Heim durchzieht, es hüte deutsche Sitte deines Herdes Feuer“ — „uff. Der unvermeidliche Stolar Kernstock, der Kriegsdichter, darf nicht fehlen, ebenso wenig der Heimatdichter Habina.

Doch nun von der deutschen Muttertagspoesie zur Muttertagspraxis. „Zum Sinn des deutschen Muttertages“. Hermann Schell findet, daß die moderne Kultur an der „Opferschen des Weibes“ leidet, allerdings redet er vorsichtigerweise von der modernen Frau von Bildung. Da ist Philipp Koch schon fähiger: „Die Mutter ist Heidin und Heilige.“ — Verflucht ist, wer den Kinderborn verriegelt! Es ist die Todsfunde unserer Zeit, die um der bequemen Gegenwart willen auf die Zukunft verzichtet. — „Die kurzfristige Klugheit ist neber unsern Ehebetten.“ „Frankreich und Wammonsland besiegten uns trotz unserer Felbhege in unserm Allerheiligsten“ usw. Dann schmettert ein A. S. Wiehmann: „Deutsche Frauen, schützt eure heiligsten Güter! Jede deutsche Frau, jedes deutsche Mädchen hat vom Bergott (dem deutschen Bergott natürlich! Der Zeherlehrling.) den natürlichen Beruf bekommen, Gattin und Mutter zu werden. Welche Welt diese Worte einschließen, könnt ihr selbst besser und tiefer fühlen als ich. — Die bösen Geister haben Euch eingeklüstert, Ihr müßt gleich berechtigt sein — Euch, die Ihr als Gattin und Mutter den Beruf einer Fürstin hattet. Die bösen Geister haben Euch ein schwebendes Wahrecht ihrer Partemänner gegeben — Euch, die Ihr das schönste und höchste Wahrecht hattet. Eure Gatten aus Liebe zu wählen. Die bösen Geister führten Euch in das sogenannte Berufsleben, das durch sie bereits Slavenarbeit geworden war, Euch, die Ihr den schönsten Beruf auf Erden hattet, Gattin Eurer Männer, Mütter Eurer Kinder, Sonnenschein des Hauses, Erhalter des Vaterlandes zu sein! Schaut Euch doch einmal Eure Schwwestern in den Handelsstuben und Fabriken an, und Ihr, die Ihr selbst da seid, fragt Euch doch einmal ganz ehrlich: Seid Ihr nicht alle von diesem bösen Feinde deutschen Lebens und Lebens betrogen worden.“ Diese Sätze auf Seite 25 der Bundesmuttertagsbroschüre — sie sind entnommen den „Werte“, „Deutschheit und Freiheit“ — offenbaren eine derartige bodenlose Rückständigkeit und Verbohrtheit, daß jedes kommentierende Wort sich erübrigt. Aber die Dummheit paart sich mit Bosheit, wenn der Verfasser der „Deutschheit“ also

fortsetzt: „Mögen auch Eure Schwestern in Samt und Seide abends und Sonntags von Genuß zu Genuß taumeln, alle sind sie Sklavinnen.“ — Dann aber quillt der „Deutsches Volksheer“: „Großkapitalismus und Großindustrie, die Herrschaft des imaginären Geldes, die folsche Ausbeutung der Arbeit der Menschen zu Nutzen einzelner, wahnsinnig Gewordener oder raubtierartig veranlagten Rassen, vernichtet eben alles, auch Euch, Frauen und Mädchen!“

Über das Bedürfnis fühlte, an solchen geistigen Genüssen, wie sie der „Bund der Deutschen“ in seinem Schriftchen verzapft, sich zu laben, darf die Broschüre nur befehlen, der „Bund“ gibt sie unentgeltlich ab. Die Besprechung jedoch ist noch nicht vollständig. Aus einem Berichte aus der Stadt Gablouz a. N. über den ersten Muttertag hören wir: „Die Männerreisegruppe des B. d. D. rief die Stadtvertretung, die Schulen, die Religionsgemeinden und alle deutschen Vereine — Die deutschen Religionsgemeinschaften (katholisch, evangelisch, altkatholisch) leisteten wertvolle Hilfe. Die Lehrerschaft verstand es, die Jugend — empfänglich zu machen. — Alle drei deutschen Religionsgemeinschaften klärten ihre Angehörigen über Sinn und Bedeutung des Muttertages auf und widmeten Gottesdienst und Predigt dem hehren Gedanken — — —“

Ist das nicht sehr interessant, nicht sehr lehrreich? Auf einmal rückt die heilige apostolische katholische Kirche zur deutschen national-völkischen Religionsgemeinschaft auf, die Romkirche spendet ihren Segen, Juda ist vielleicht bloß angeschornert worden und hat heimlichweise gepöbelte, Kirche und Lehrerschaft im trauesten Vereine, oder: wie sich völkische Lehrer die Trennung von Schule und Kirche vorstellen.

Nun aber genug! Beschämend und bedauerlich nur, daß auch Proletarier, Arbeiter, auf diesen von dem „unpolitischen“ „Bund der Deutschen“ betriebenen völkischen Gedanken des Muttertages mit all seinem falsch-sentimentalen Klimbim hereinfallen können.

Der „Muttertag“, scheinbar so ganz unpolitisch, scheinbar der Tag, an dem Mutterchaft und Mutterliebe, reines Weibtum gefeiert werden soll, ist tatsächlich ein gefährliches Opium, ein völkisch-klerikales Betäubungsmittel. Der „Muttertag“, wie ihn völkische aller Schattierungen — gemeinschaftlich mit den „deutschen Religionsgemeinschaften“ einschließlich der schwarzen Internationale der römisch-papstlichen Kirche — feiern, er hat den Zweck, die Massen der Arbeiter, und insbesondere die proletarischen Frauen, die Arbeitermütter, über ihre wirtschaftliche Lage zu täuschen, die dämmernde Erkenntnis der Frauen über ihre grenzenlose Not, das von Tag zu Tag steigende körperliche, geistige und sittliche Elend in schillernden Illusionen zu erlösen. Die politischen Mächer des unpolitischen „Bundes“, die Herren von der „Deutsches Volksheer“, welche die arbeitenden Frauen glauben machen wollen, „böse Geister“ hätten die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zerstört, die völkischen Weisen, welche die Forderungen der Frauen nach Gleichberechtigung und nach dem Wahlrecht als „Einklüsterungen böser Geister“, als Popanz und Kinderfurcht hinstellen, beweisen damit nur ihre bodenlose Unwissenheit, der nur das Streben die Waage hält, die Massen in Unwissenheit, in Dummheit und Elend zu erlösen und verkommen zu lassen. Merkwürdig aber: Diese unpolitischen Politiker, dieselben deutschen Religionsgemeinschaften und ihre Pfaffen, die Mutterchaft und Mutterliebe preisen und feiern, ihr sogar Predigt und Gottesdienst opfern ob sie (und das gilt von den römisch-katholischen Geistlichen besonders), es umsonst tun, wer weiß es? Diese unpolitischen völkischen kennen andererseits kein höheres Erziehungsziel, als das, die Jugend „wehrhaft“ und „kampffroh“ zu machen, das Ideal ihrer Erziehung sehen sie in Hitler, und vor allem in dem Judenborst verkörpert, in den Vertretern des Faschismus.

Vielleicht denkt am zweiten deutschen Muttertage manche Mutter auch darüber nach, wer die empfindlichen Mordwaffen segnete, mit denen Gatten, Söhne, Brüder, Väter zerfetzt, zerfleischt, verbrannt, vergiftet worden sind? Vielleicht denken die Mütter, vor allem Arbeitermütter daran, wer zum Kriege hegte, wer noch 1917 für die Verlängerung des Massenmordes eintrat, wer noch zu Beginn des Jahres 1918 und im Frühling dieses gleichen Jahres dem „harten Frieden“ verlangte hat!

Der zweite deutsche Muttertag am 9. Mai! Gfodengelaut, Weibenschreien, gemurmelte Gebete, Pfaffenengelaut, deutscher Sang, sentimentale Verse, Blumenarwinde, Hoch- und Heilsschreie und der neue — Weltkrieg.

Das mährische Landesbudget.

Die Regierung hat im mährischen Landesbudget große Abstriche gemacht und Veränderungen durchgeführt. Im März wurde das Budget der Landesverwaltungs-kommission mit dem Wunsch zurückgestellt, es möge dahin Streichungen in einem Umfang vorgenommen werden, daß der Abgang von 45 Millionen Kronen verschwinde. Der Landesaus-schuss hat daraufhin das Ausgabenpräliminare um 4 Millionen herabgesetzt und die Bedeckung um 13,7 Millionen erhöht, so daß das Defizit auf etwas weniger als 30 Millionen gesunken wäre. Die Regierung hat nun den Ausgabenetat in der Höhe von mehr als 240 Millionen Kronen, so wie er vorge-schlagen wurde, genehmigt, aber die Einnahmen herabgesetzt, so daß das Defizit nunmehr etwa 32½ Millionen beträgt. Gestrichen wurde vielfach an den sozialen Erfordernissen.

Die Regierungserklärung.

Zelle Zölle verdienen den Vorzug. — Prüfung ihrer Auswirkungen. — Ein Bauförderungs-gesetz in Monatsfrist. — Maßnahmen gegen die Teuerung.

In der gestrigen Sitzung gab der Ministerpräsident Cerny über die Zölle, die Baubewegung und die gegen die Teuerung anzuwendenden Mittel eine Erklärung ab, der wir folgendes entnehmen:

Bereits aus der Erklärung, welche die Regierung am 24. März abgab, als sie sich diesem Hause vorstellte, ging hervor, daß sie das Programm der vorhergehenden Regierung durchführen werde, die für den Bereich der Handels- und Zollpolitik den Grundsatz der Gerechtigkeit und der gleichmäßigen Bewertung aller in Betracht kommenden wirtschaftlichen und sozialen Interessen ausgesprochen hat. Ebenso wie die gegenwärtige Regierung im Geiste jenes Programms der letzten Regierung unter ihren und der Häuser Aufgaben an erster Stelle die Regelung der Bezüge der Staatsbediensteten sieht, bewertet die Regierung ebenso gewissenhaft auch die übrigen gleichbringenden Aufgaben, insbesondere auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete.

Indem die Regierung also eine beständige Lösung der landwirtschaftlichen Zölle gegenüber dem provisorischen und eventuell nur mehr aus zolltarifären Rücksichten kritischeren Zustand vorbereitet, nimmt die Regierung Berechnungen über eine angemessene und den Interessen der Produktion und des Konsums entsprechende Höhe dieser Zölle vor.

Die Regierung überprüft auch einerseits die Erzeugungskosten unserer landwirtschaftlichen Produktion unter Vergleichung mit den Marktpreisen der landwirtschaftlichen Produkte, welche Preise durch den ausländischen Wettbewerb mitbestimmt werden. Andererseits nimmt sie darauf Bedacht, welchen Einfluß eine Modifikation der geltenden Zölle auf das Lebensniveau der breitesten Schichten haben kann. Hierbei mißt die Regierung die Ergebnisse ihrer Analysen an den Erfahrungen, die auf diesem Gebiete andere Staaten mit ähnlichem Produktions- und Absatzverhältnissen gemacht haben, in denen diese Fragen bereits gelöst sind, und nimmt gleichzeitig darauf Bedacht, wie die Regelung der Zölle auf Getreide und Mehl in das Reg. der bereits abgeschlossenen oder erst in Verhandlung stehenden, respektive geplanten Handelsverträge eingreift.

In den Bemühungen um landwirtschaftliche Zölle äußert sich das berechtigte Bestreben, daß sich der gegenwärtige Stand der Intensität unserer Landwirtschaft erhalte und in gewissem Maße auch erhöhe. Wenn demgegenüber die möglichen Folgen der erhöhten Zölle beurteilt werden, ist die Öffnung berechtigt, daß bei deren richtiger Bemessung und bei freiem Wettbewerb auch der fremde Lieferant eine gewisse Quote jener Zölle trägt, und daß daher die allfällige Erhöhung der Zölle nicht völlig auf die Preise der Lebensbedürfnisse übertragen wird, abgesehen davon, daß bei bestimmten Bedingungen der heimischen Produktion die Zölle auf die Preise überhaupt nicht einwirken müssen. (?) Damit weiter unverantwortliche Elemente die neue Regelung der Zölle nicht zu einer unbegründeten Teuerung ausnützen, wird es Aufgabe der Regierung sein, alle geeigneten Mittel anzuwenden, welche eine solche Verteuerung unmöglich machen würden.

Es hat den Anschein, daß es bereits keinem Zweifel unterliegt, daß der Grundsatz fester Zölle gegenüber einer zeitweiligen Regelung der sogenannten beweglichen oder gleitenden Zölle den Vorzug verdient,

wenn auch in einem Systeme der festen Zölle für den Fall eines unangemessenen Anstiegs der Preise die Möglichkeit vorbehalten werden muß, die Zölle herabzusetzen oder zu suspendieren. Bei jeder künftigen Regelung der Zölle auf Getreide und Mehl wird das Maß der Spannung zwischen den Zöllen auf Getreide und auf Mahlprodukte wichtig sein.

In Verbindung mit der Novellierung der landwirtschaftlichen Zölle taucht auch die Frage der Regelung einiger Zollposten auf dem Gebiete der Industrie und des Gewerbes auf, denn der geltende Zolltarif weist auch auf diesem Gebiete keinen gänzlich ausgeglichenen Zustand auf. Die weitreichende Bedeutung aller dieser nicht gelösten Fragen auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Industrie und des Gewerbes begründet es, daß

die Debatte darüber in der nächsten Öffentlichkeit

abgeführt werde. Die Regierung wird sodann ihre Ansicht über die Angelegenheit in den Details mitteilen, und zwar, falls dies erforderlich sein wird, im Verlaufe dieser Verhandlungen.

Was die Frage der Baubewegung

anbelangt, ist die Regierung mit ihrer Vorlage nahezu fertig. Die große Verantwortung legt ihr die Verpflichtung auf, daß sie noch einer Nachverhandlung mit den Sachverständigen unterzogen werde, was mit größter Beschleunigung geschehen wird, vielleicht bereits zu Ende dieses Monats, worauf ich mir erlauben werde, die Vorlage diesem hohen Hause vorzulegen.

Ich gelange schließlich zur Frage der Maßnahmen gegen die Teuerung.

Was die Preisentwicklung der Lebensbedürfnisse anbelangt, können wir konstatieren, daß das Preisniveau und damit auch die Lebenskosten in der

heutigen Zeit eine mäßig absteigende Tendenz zeigt.

Obgleich das Preisniveau gesunken ist, haben sich leider die Lebensverhältnisse vieler Bürgerkreise nicht gebessert, weil zufolge der wirtschaftlichen Verhältnisse zugleich ihre Einnahmen gesunken sind und hiedurch auch ihre Kaufkraft. Die Regierung verfolgt sorgfältig die Entwicklung der Preise aller Lebensbedürfnisse und hat Maßnahmen getroffen, daß jedes Sinken der Preise unmittelbar den Konsumenten zugute komme.

Zu diesem Zwecke wird eine periodische Kontrolle der Detailverkaufspreise vorläufig bezüglich des Mehlens, Brotes und der Bäckereiwaren durch ständige Kommissionen aus den Vertretern der Konsumenten und Gewerkschaften bei den politischen Bezirksverwaltungen geübt, die regelmäßig zusammentreten und die Preise dieser Lebensmittel prüfen.

In den Gemeinde- und Bezirksamtsräten, für welche im Februar dieses Jahres eine Geschäftsordnung erlassen worden ist, ist ein neues Organ ausgebaut worden, das bei gehöriger Tätigkeit auf die Verbesserung der Qualität aller Lebensmittel.

Auf die Herabsetzung der Preise hatte auch die gegenseitige Mitwirkung der Behörden mit den Interessentenverbänden einerseits und Gewerkschaften und Gewerkschaften andererseits nicht geringen Einfluß, wie die der Fleischhauer, Seider und Bäcker, wo in vielen Fällen ein Uebereinkommen der Herabsetzung der Preise ihrer Erzeugnisse erzielt worden ist.

Die Regierung wird selbstverständlich auch weiter dahin wirken, daß die Lebensbedürfnisse nicht künstlich verteuert werden.

Die Plenar-sitzung.

Ein Antrag auf Aufhebung des handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes.

Prag, 7. Mai. Das Abgeordnetenhaus beendete heute die Zolldebatte. Nach der Regierungserklärung nahmen noch von unserer Seite Genosse de Witte und von tschechischer Seite der Sozialdemokrat Pil zu den Ausführungen Cernys Stellung. Genosse de Witte kritisierte scharf das Vorgehen der Regierung und rügte das Verhalten der deutschen Agrarier und Christlichsozialen ins rechte Licht, welche sich nicht scheuen, um das Einfrieren der Zölle zu wirken, der Regierung der allnationalen Koalition wieder auf die Beine zu helfen. Der nationale Ausgleich, der bei einer festen Haltung aller deutschen Parteien nicht mehr zu umgehen gewesen wäre, ist jetzt dank der Einheitsfrontler vom letzten Herbst wieder in weiter Ferne. Alle Versuchungsversuche des Landbländlers Dr. Zaharek vermochten diesen Eindruck nicht zu verwischen.

Der tschechische Sozialdemokrat Pil kritisierte gleichfalls die Erklärungen Cernys, wenn auch im Ton erheblich vorsichtiger. Von Wichtigkeit ist ein heute eingebrachter Antrag der tschechischen Sozialdemokraten, welcher die Aufhebung des handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes verlangt, auf Grund dessen im Vorjahre die gleitenden Zölle eingeführt wurden. Sollte der Antrag eine Mehrheit finden, so wäre der agrarische Zollantrag zum größten Teile hinfällig, da dann die Regierung nicht mehr die Zölle im Verordnungswege einführen könnte, sondern die ganze Frage durch ein neues Zollgesetz gelöst werden müßte. Ob alle Parteien der neuen Zollmehrheit auch gegen die Aufhebung des undemokratischen Ermächtigungsgesetzes stimmen können, ist fraglich. Die Situation für die Zollanhänger wird durch diesen Antrag jedenfalls nicht besser. Bemerkenswert ist jedoch, daß derselbe Antrag des Genossen Dr. Heller in einer der letzten Sitzungen des Initiativ-ausschusses des Senates und auch, da Genosse Dr. Heller an das Plenum appelliert hatte, gestern in der Plenar-sitzung des Senates ohne weiteres abgelehnt wurde.

Nach Beginn der Sitzung drückte zunächst Frau Zemnova (tschech. Nat.-Soz.) ihr Bedauern aus, daß es jetzt nicht mehr so schön sei wie zu Zeiten der allnationalen Koalition, die eine feste Mehrheit hatte. Der jetzige Ministerpräsident sei politisch sehr ungeliebt, weil hinter ihm nicht mehr der heilige Geist der politischen Partei stehe, der ihm früher beistand. Ueber die Zölle wolle ihre Partei mit allem Ernste reden, die Kongruenz lehne sie grundsätzlich und ohne Rücksicht auf die anderen Parteien ab. Nach den Agrariern werden die Volksparteiler, die Nationaldemokraten und die Kommunisten der Reihe nach abgefertigt, was zu vielen Zwischenschritten Anlaß gab. Zum Schluß bedauert sie unter ironischen Zwischenrufen der Kommunisten, daß in dieser Zeit nicht Leute vom Kaliber des Hoesch an der Spitze stehen, dessen christliche Liebe zum Vaterlande sicher nicht verächtlich werde.

Hierauf kommt der Landbländler Dr. Zaharek zu Worte, der während seiner Rede vielfach mit unseren Genossen und den Kommunisten in Konflikt kommt. Er führt u. a. aus:

Der Antrag betreffend die agrarischen Schutz-zölle sei ein Initiativantrag der Partei, keineswegs also ein Regierungsantrag, und deshalb sei die Haltung seiner Partei nur von sachlichen Momenten (?) gegeben. Es hat schon

früher Regierungsvorlagen gegeben, die von politischen Parteien unterstügt wurden. Für seine Partei sei ausschlaggebend, daß der Antrag der tschechischen Agrarpartei ein getreuer Abbild des am 16. Februar eingebrachten Antrages des Abgeordneten Mayer sei; sie konnten natürlich heute den Antrag Mayer nicht verleugnen und fallen lassen. Den tschechischen Agrariern kann man den Vorwurf nicht erparen, daß sie an vielen für die Landwirtschaft verhängnisvollen Maßnahmen der Regierung schuld sind. Gewiß könne man mit ganz anderen Mitteln als mit Zöllen der Landwirtschaft helfen. Aber niemand könne zugeben, daß man den Landwirten bloß Versprechen und sonst nichts gebe. Die Vergleiche mit anderen Staaten seien ganz unaltbar. Für uns fehle die Möglichkeit, rasch von den intensiven zur extensiven Wirtschaft überzugehen, ohne dadurch soziale Gefahren heraufzubeschwören. (Widerspruch bei den deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten.) Wären wir ein einheitlich organisiertes Land, in dem sich Industrie und Landwirtschaft ausgleichen, dann wäre es vielleicht möglich, ohne Zölle auszukommen. Wenn aber die eine Seite auf ihre Interessen bedacht ist, dann müßten auch die Interessen der anderen beachtet werden. (Widerspruch bei unseren Genossen.) Zaharek polemisiert sodann gegen die gestrigen Ausführungen des Genossen Zaharek, wobei er von ihm und anderen Genossen immer wieder durch Zwischentöne auf seine Einstellungen und Verdrungen aufmerksam gemacht wird, und schließt: Wir verlangen die vollständige Parität mit der Industrie und die Herabsetzung der Industriezölle. Wir verlangen die Gefahrung der ganzen Volkswirtschaft. Die Gemeinschaft der Interessen mit den tschechischen Agrariern ist von uns begrüßt worden, wir sind uns aber dessen bewußt, daß durch den Zufall dieser Gemeinschaft mit den tschechischen Agrariern Angriffe nicht ausbleiben können und werden. Es ist selbstverständlich, daß wir unsere Forderungen nationalpolitischer Natur nicht vergessen und zurücksetzen. (Beifall, ironische Zwischenrufe seitens der Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten, es kommt zu einer lebhaften Kontroverse zwischen den Abgeordneten Win-dirsch einerseits und den Genossen Leibl und de Witte andererseits, in der die Worte des nächsten Redners Abg. Ing. Dvorakel untergehen.)

Der frühere Handelsminister Dvorakel weist auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die steigende Konkurrenz Deutschlands auf den ausländischen Märkten hin, die im Sinken unserer Handelsbilanz zum Ausdruck komme, und verdammt den bekannten Standpunkt seiner Partei zu den agrarischen Zollforderungen: Die Höhe des Zollkoeffizienten müsse derart herabgesetzt werden, daß aus dieser Herabsetzung ein Zollschutz der Landwirtschaft resultiere, der gleichzeitig vom Standpunkt der Gesamtheit erträglich sei. Sie sei auch für die Ausarbeitung eines neuen Zolltarifes, doch dürften inzwischen die Handelsvertragsverhandlungen nicht stocken.

Nach Dvorakel erteilt der Vorsitzende dem Ministerpräsidenten das Wort zu seiner Erklärung, die wir an anderer Stelle wiedergeben und kritisieren. Nach dem tschechischen Gewerkschaftler Berman und dem Kommunisten Louka kommt der ehemalige Innenminister Rosel (tsch. Volkspartei) zu Worte, der erklärt, daß die Volkspartei trotz ihrer inhomogenen Zusammensetzung in der Zollfrage immer einen einheitlichen Standpunkt eingenommen habe, den eines gleichmäßigen Schutzes der landwirtschaftlichen wie der industriellen Produktion. Die festen Zölle böten die Grundlage für eine sichere Akkulation und würden es ermöglichen, die unlautere Konkurrenz auszuschalten. Beim Zollschutz müsse man einen Unterschied machen zwischen den Produkten, welche im Inland in nicht genügender Menge erzeugt werden, und jenen, welche den Inlandsbedarf völlig zu decken vermögen. Bei letzteren brauche man sich vor einem ausgiebigen Zollschutz nicht zu fürchten.

Sodann kam

Genosse de Witte

zu Worte, der u. a. ausführte:

Die Regierung hat auch heute als ihre erste Aufgabe die Erhöhung der Staatsbeamtenbezüge versprochen. In Wirklichkeit wird mit den Staatsbeamten seit 1922 ein schändlicher Stuhbrand getrieben, dessen Ergebnis heute eine unbrauchbare Vorlage ist, welche für die mittlere und kleine Angestelltenchaft so gut wie nichts bringt. Die Regierung untergräbt damit ihr eigenes Fundament und das des Staates, wenn sie die Staatsbeamtenfrage derartig verzögert. Die Regierung erklärt, sie werde einen Zolltarif einführen und meint, die Zölle müßten nicht verteuern wirken. Da muß sie uns schon für sehr naiv halten, wenn wir ihr das glauben sollen. Warum würden sonst die Agrarier diese Zölle mit aller Gewalt anstreben, wenn sie keine Verteuerung herbeiführen würden? Die Regierung erklärt auch, sie sei für eine öffentliche Diskussion dieser Frage auf breiter Grundlage; zur Zeit der allnationalen Koalition war man aber solchen öffentlichen Diskussionen sehr abhold. Die Regierung hat sich heute sehr dunkel ausgeprochen; sie würde besser daran tun, sich um diese Frage nicht nur mit Ausreden herumzudrücken. Ein einziges Argument wurde für die Zölle vorgebracht, der Schutz der bedrängten Landwirtschaft. In der Debatte wurde neuerdings die alte Wahrheit bestätigt, daß der Zollschutz nur ein Schutz für die Großproduzenten, aber ein schwerer Schlag für die Kleinbauern ist. Zu den

Ausführungen des Genossen Schweichhart möchte ich nur das eine noch ergänzen, daß die meisten unserer Kleinbauern ihre Söhne an die Industrie als Bauarbeiter, Fabrikarbeiter und Klein-gewerbliche Arbeiter abgeben müssen. Diese Leute werden durch die Einführung der Zölle ausgehungert, so daß die Kleinbauern, die sich eventuell für die Zollforderungen einsparen lassen, blind ihre eigenen Kinder ins Elend jagen. Herr Kollege Saureich hat mit einem Unterton von Spott uns heute gesagt, daß wir bei den kleinen Landwirten wenig oder nichts zu suchen haben. Ich möchte ihn fragen, warum denn dann dieser wütende Kampf vom Bund der Landwirte gegen uns geführt wird, wenn die Landbündler ihrer Position bei den Kleinlandwirten so sicher sind?

Es wurde gestern viel über den Profit des Zwischenhändlers gesprochen, aber es genügt nicht, darüber zu schimpfen, sondern

man muß auch praktisch etwas tun, um den Zwischenhandel auszuschalten.

Die Landbündler, welche gegen unsere Konsumgenossenschaften wettern, zeigen den Weg dazu wahrlich nicht. Wenn man einmal der Frage näher träte, ob es nicht möglich wäre, die Produzenten und Konsumgenossenschaften zusammenzubringen, könnte man sicher Wertes für die Landwirtschaft schaffen, ohne dabei die Masse der Bevölkerung zu belasten.

Nicht nur für uns, sondern für die gesamte Bevölkerung steht hier eine Frage im Vordergrund: Vertragen denn die Arbeiter, die Angestellten, die Gewerbetreibenden die Lebensmittelteuerung; die notwendig mit der Einführung der Zölle eintreten müßte?

Heute schon verdienen die Arbeiter bestenfalls bei voller Beschäftigung drei Viertel der Friedenslöhne. Dazu kommen in weiten Gebieten die Kurzarbeiter.

Sollen denn unsere Arbeiter widerspruchslos Hungers sterben? Glauben sie nicht, daß wir uns mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zur Wehre setzen werden, falls man versuchen sollte, tatsächlich unsere Bevölkerung in den Hungertod zu treiben?

Die Gewerbetreibenden haben im Senat für die Zölle votiert. Sie sind also bereit, um einige Mandate willen die gewerbetreibende Bevölkerung einfach dem Zollwucher auszuliefern. Dabei muß die Lebensmittelteuerung im Gefolge der Zölle doch die Kleingewerbetreibenden zugrunde richten, da der größte Teil der Bevölkerung seine Kaufkraft dann vollständig einbüßen müßte. Mit einem Worte, wir sehen, daß es die breitesten Schichten der Bevölkerung einfach nicht aushalten, daß die Pläne der Agrarier und der Regierung verwirklicht werden. Wir müssen verlangen, daß das Studium dieser Frage, von dem der Herr Ministerpräsident gesprochen hat, sich vor aller Öffentlichkeit abspielt, daß ein ordentliches statistisches Material herbeigeschafft werde. Alle Verfassungen müssen zu Enquetes geladen und ärztliche Gutachten über den Ernährungszustand der Bevölkerung und vor allem der Kinder eingeholt werden. So stellen wir uns dieses Studium vor. Aber die Regierung steht, wie die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten zeigt, verständnislos und direkt feindselig allen Lebensfragen der Arbeiterschaft gegenüber. Die große Masse des Volkes hat von dieser Regierung keine Teilnahme zu erhoffen. Der Herr Ministerpräsident, der Plathalter der aktuellen Koalition, pocht darauf, daß er die Mehrheit für diese Zölle schon sicher beisammen hat, und wir haben heute vormittags eine Rede des Landbündlers Dr. Saureich gehört, die auf die Frage abgestimmt war:

Wie sage ich es meinem Kinde draußen, daß ich hier mit der Regierung Cerny gehe?

Er hat zu bemänteln versucht, was die Landbündler in der allernächsten Zeit tun wollen. Die Herren Landbündler werden der Bevölkerung draußen Rede stehen müssen. Sie sind heute bereit, für eine Regierung zu stimmen, welche jetzt die letzten deutschen Angestellten aufs Pflaster wirft, in Fortsetzung der Bodenreform das deutsche Land tückisch fesselt und den deutschen Landarbeiter in Massen ums Brot bringt. Deutsche Parteien, ich nenne da auch die Christlichsozialen, sind bereit, dies alles zu tun. Da haben wir die deutsche Einheitsfront, wie sie im letzten Herbst der Schläger unserer Landbündler war.

Selbstbestimmungsrecht, Autonomie, christlicher Volksgedanke, alles wird bedenkenlos den Geldsackinteressen geopfert, und der Weg zum nationalen Ausgleich, der hätte beschritten werden müssen, wenn nicht die Christlichsozialen und die Landbündler umgefallen wären, wird abgegraben. Das Eintreten dieser Parteien für die Zölle bedeutet, daß Cerny für sechs Wochen wieder den Weg ebnen kann und daß eine gerechte Lösung der nationalen Frage auf lange Zeit hinaus verhindert wird.

Der Herr Ministerpräsident hat auch etwas über

die Baubewegung

gesagt. Ist es wahr, daß die Regierung zugleich auch eine Mietzinserhöhung und eine Bauabgabe einführen will? Wenn ja, dann kann sich der Herr Ministerpräsident darauf gefaßt machen, daß ein Sturm der Empörung durchs ganze Land gehen wird, wenn man den kleinen Mietern, den Arbeitern und Angestellten auch noch das Obdach unerforschlich machen will. Im übrigen ist der Herr Ministerpräsident wie über eine nebenfällige Angelegenheit darüber hinweggegangen, Herr Engliß hat

neulich erklärt, wir sind ärmer geworden. Trotzdem will derselbe Herr Minister dem Volke indirekte Lasten aufbürden und kündete an, daß der gesamte wirtschaftliche Komplex des Wohnungswesens wieder dem „freien Wettbewerb“ zugeführt werden müsse. Das heißt nichts anderes, als freie Bahn dem Wohnungswucher. Wenn die Meldungen der Regierungspresse über das neue Bauförderungsgezet richtig sind, dann müssen wir es auf das schärfste bekämpfen, denn es wird wieder nur ein Fortwurseln sein. Zwei Bauaisonen sind verlorengegangen und der neue Entwurf ist geradezu kulturwidrig, da er als unerschwinglich für die kleinsten Wohnungen bis 40 Quadratmeter ansieht. Das ist eine größere Wohnfläche, in der ganze Familien eingepfercht leben sollen.

Die Regierung bringt dem hungernden Volke nichts als Teuerung, sie ist eine Regierung des Geldsacks, eine Regierung gegen das Volk. Darum muß unsere Parole sein, her im Parlament und morgen, wenn es nottut, auf der Straße: Kampf gegen die heutige verschleierte Koalition, Kampf gegen alle Parteien, die dieses System in irgend einer Weise unterstützen! (Lebhafter Beifall bei unseren Genossen.)

Nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte kommt noch als Generalredner pro der tschechische Sozialdemokrat Pil zu Worte, nachdem der Generalredner contra, der Abgeordnete Bergmann, auf das Wort verzichtet hat. Pil führt aus: Die heutige Regierungs-

erklärung bedeute eine Verschlimmerung der Situation, da sich der Ministerpräsident positiv für das System der festen Zölle entschieden hat. Dadurch gerät die Regierung in Widerspruch mit den breiten Volksmassen, die schon schwer genug von der Teuerung betroffen sind. Die angekündigten Maßnahmen gegen die Teuerung könnten die Erklärung nicht besser machen. Die Erklärungen Cernys über die Zölle würden Freude in der Koalition erwecken; die anderen Punkte der Erklärung sprächen aber nicht ebenso bestimmt von den Bedürfnissen der breiten Massen, um Sympathien bei ihnen hervorzurufen. Auch die Erklärungen Cernys zur Förderung der Baubewegung bezeichnete er als nicht zufriedenstellend.

Hierauf nahm das Haus in erster Lesung den Handelsvertrag mit Japan, der die große Zolldeklaration entfaltet hatte, in erster Lesung an. In zweiter Lesung wurde der Schweizer Handelsvertrag genehmigt.

Der Zollantrag der Agrarier wurde dem Initiativanschuß zugewiesen, ebenso ein Antrag der tschechischen Sozialdemokraten auf Aufhebung des sozialpolitischen Ermächtigungsgesetzes vom 12. August 1921, auf Grund dessen seinerzeit die Verordnung über die gleitenden Zölle erlassen worden war.

Nächste Sitzung Dienstag, den 18. Mai, um 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen die Schuldverschreibungen der tschechischen Elektrizitätswerke und eine Reihe von Immunitätsfällen.

Unveränderte Streiflage. Die „Nothilfe“ funktioniert nicht!

London, 7. Mai. Bisher zeigt sich nirgends, daß es zur Annäherung neuer Verhandlungen behufs Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes kommen könnte, durch welchen nach den Worten des offiziellen Blattes „The British Gazette“ Handel und Industrie zu wackeln, ein vergebliches Bemühen wäre. Wie lange die gegenwärtige Lage noch andauern wird, vermag niemand zu sagen. In den Arbeiterkreisen wird auf derartige Fragen mit Achselzucken geantwortet. Die Regierung ist absolut fest entschlossen, dem Streikdruck nicht nachzugeben. In den Kreisen der Trade-Unions wird der Widerstand des Streikes an jenen der gegenwärtigen Lage der Kohlenindustrie würde dies eine Unterstützung der Regierung für diese Industrie in Form einer Subvention, wenn auch nur für eine gewisse Zeit, bedeuten, bevor die neuen Bedingungen, unter welchen sich Grubenbesitzer und die Bergarbeiter einigen w

gends auch nur das geringste Anzeichen handlungen behufs Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes kommen könnte, durch welchen nach den Worten des offiziellen Blattes „The British Gazette“ Handel und Industrie zu wackeln, ein vergebliches Bemühen wäre. Wie lange die gegenwärtige Lage noch andauern wird, vermag niemand zu sagen. In den Arbeiterkreisen wird auf derartige Fragen mit Achselzucken geantwortet. Die Regierung ist absolut fest entschlossen, dem Streikdruck nicht nachzugeben. In den Kreisen der Trade-Unions wird der Widerstand des Streikes an jenen der gegenwärtigen Lage der Kohlenindustrie würde dies eine Unterstützung der Regierung für diese Industrie in Form einer Subvention, wenn auch nur für eine gewisse Zeit, bedeuten, bevor die neuen Bedingungen, unter welchen sich Grubenbesitzer und die Bergarbeiter einigen w

Die Streifbrecher verlagern.

Berlin, 7. Mai. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus London, daß nicht weniger als 80 Autobusse der großen Londoner Autobus-Gesellschaft infolge schwerer Beschädigungen durch die Streikenden nicht in ihre Depots zurückkehren konnten. In Südlondon wurde ein Auto verbrannt. Dieses Umstürzen und Beschädigen von Automobilen habe weiter um sich gegriffen, als von der Regierung nach außen zugegeben werde. Der „Vorwärts“ bezeichnet als wichtigstes Ereignis des gestrigen Tages, daß in Newcastle am Tyne die von der technischen Nothilfe durchgeführte Lebensmittelversorgung zusammengebrochen sei. Der Zivilkommissar, ein früherer Minister, habe darauf die Gewerkschaften aufgefordert, die Lebensmittelversorgung zu übernehmen, während die Regierung die Truppen und die technische Nothilfe aus dem Bezirk Newcastle zurückziehen sich verpflichtete. In einem weiteren Berichte konstatiert der „Vorwärts“, daß der dritte Tag des Streikes eher eine Ausdehnung der Bewegung gebracht habe. Die Zahl der freiwilligen Meldungen sei bedeutungslos, denn 10.000 Freiwillige im nördlichen Bezirk der etwa 7 Millionen Einwohner zählt, seien unbedeutend.

Solidarität aller Hauerarbeiter.

Antwerpen, 6. Mai. Der englische Dampfer „Melita“ mit ungefähr 1000 Reisenden an Bord sollte gestern in See stechen, doch weigerte sich die Besatzungsmannschaft zu arbeiten, solange sie keine Weisungen von der Gewerkschaftsorganisation erhielt. Heute wurde ihr die Bewilligung zur Abreise erteilt und der Dampfer verließ mit einer Verspätung von 24 Stunden den Hafen, nahm aber statt nach England Kurs nach Cherbourg. Die Antwerpener Hafenarbeiter weigern sich ebenso wie ihre Genossen in Holland, Frankreich und Deutschland Kohle nach England zu bunkern und zu transportieren.

Keine Zusammenstöße.

London, 7. Mai. Der Berichterstatter des Wolff-Büros meldet: Ueber die kleinsten Unruhestörungen des gestrigen Tages liegen folgende Berichte vor: In Leeds wurden Steine gegen Straßbahnwagen geworfen. Die Polizei hatte aber keine Schwierigkeiten, die Menge zu zerstreuen. In Thibdesley wurde nachmittags die Polizei mit Steinen beworfen, als sie das Abladen von Kohle bei einer Baumwollfabrik schützte. Die Angreifer wurden vertrieben. In Edinburgh erneuerten sich abends die Unruhen. Autobusse wurden mit Steinen beworfen. Die Polizei nahm neun Verhaftungen vor. In London wurde nachmittags ein Eisenbahner von der Menge zu Boden geschlagen, aber nicht ernstlich verletzt. In Whitechapel wurde abends ein Postautomobil von jungen Burschen angehalten und der Motor beschädigt. In Nottingham wurde der Automobilverkehr infolge des feindseligen Verhaltens der Menge unterbrochen. In Widsesbrough wurde

Die deutsche Flaggentrife.

Der Reichskanzler Luther hat das fabelhafte Talent, aus heiterstem Himmel ein Gewitter hervorzuzaubern und auch dort eine Krise zu erzeugen, wo nicht der geringste Anlaß vorliegt. Raum hat das Kabinett den Rußlandvertrag hinter sich und kann nach dem Ritt über den See Atem holen, so zaubert Luther & Stresemann, die bald so berühmte sein werden, wie die weltberühmte Berliner Weinprobe Luther & Wegener — eins, zwei, drei, Geschwindigkeit ist keine Hexerei — eine schöne, ausgewachsene Krise aus der flachen Hand hervor.

Das Deutsche Reich hat seine republikanische Staatsflagge. Die Fahne mag zunächst so wichtig oder unwichtig sein wie jede Fahne und jedes Tafel, die in der Politik irgendwo zu Unrecht eine große Rolle gespielt haben. In dem Augenblicke, da ein Symbol wirklich mit dem System verwächst, kann es Anlaß der größten Kämpfe sein, das war so und wird sich nicht so bald ändern. Die schwarz-rot-goldene Staatsflagge wurde von den Rechtsparteien nicht nur abgelehnt und als Sinnbild der Republik beschimpft, sie wurde auch, wo es ging, sabotiert. Man kämpfte gegen das alte Dreifarben von 1848 nicht nur mit den schönen leuchtenden Farben, in denen von Schwarz-Rot-Weiß, und noch delikateren Farben die Rede war, man verweigerte auch das Aushängen der Reichsflagge bei jeder Gelegenheit. Als Hindenburg Präsident wurde, erwarteten die Reaktionen von ihm die Wiederherstellung der alten kaiserlichen Flagge. Hindenburg ließ es sich aber unter der schwarz-rot-goldenen Fahne wohl sein, und die Flaggenfrage schien eingeschlossen; da hat nun Herr Luther in dieser Frage einen rassistischen Anlaß gesehen, seine ohnehin nicht sehr feste Stellung ein wenig zu erschüttern. Er ließ eine Verordnung ausarbeiten und von dem anscheinend schlafenden Ministerrat bewilligen, in der den deutschen Auslandsvertretungen in Uebersetzung die Hissung der deutschen Handelsflagge neben der Reichsfahne gestattet wird. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit einem schwarz-rot-goldenen Eck.

Angesichts haben die Auslandsvertreter berichtet, daß die Deutschen im Ausland die Reichsfarben sabotieren und immer die kaiserliche Flagge aushängen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, ist Luther auf die glorreiche Idee von den zwei Flaggen verfallen. Es wäre allerdings einfacher gewesen, den deutschen Vertretungen nahezu legen, daß sie die Reichsfarben zu hissen haben und die Privaten machen zu lassen, was ihnen paßt, aber Luther greift mit sicherer Hand nach der dümmsten Lösung.

Die republikanischen Parteien sind über die langsame, aber sichere Rückkehr zu den alten kaiserlichen Abzeichen empört und laufen gegen die Verordnung Sturm. Sogar Zentrum und Demokraten, die ihre Minister im Kabinett haben, verlangen die Aenderung der Verordnung. Die Sozialdemokraten haben der Regierung den schärfsten Kampf angekündigt und Scheidemann erklärte kategorisch: Einen solchen Konzern dulden wir nicht. Das Kabinett Luther hängt an einem Faden oder besser, an einer Fahne. Es ist kaum zu erwarten, daß die Sozialdemokraten ein Jota von ihrer Forderung ablassen. Dagegen darf man wohl mit einem schließlichen Nachgeben der Firma Luther & Stresemann rechnen, die ja alles andere, als den Ruf eines granitenen Rückgrats hat.

Stresemann verkehrt nicht — daß die Kaiserflagge Anstoß erregt.

Berlin, 6. Mai. (Wolff). Einem Mitarbeiter des Wolffschen Telegraphen-Büros erklärte Reichsaußenminister Dr. Stresemann zur Flaggenverordnung u. a.: Die neue Flaggenverordnung schließt lediglich eine Entwicklung ab, die von dem Tage datiert, da die Weimarer Nationalversammlung die Flaggenverordnung annahm. Die Entwicklung zum Zweiflaggenystem, der Heimatsflagge und der Auslandsflagge. Die sozialdemokratische Interpellation gegen die Flaggenverordnung fragt u. a. die Reichsregierung, ob sie sich nicht klar über die Bedenklichkeit wäre, die alte kaiserliche Flagge im Auslande zu hissen. Es ist mir nicht bekannt, daß zur kaiserlichen Zeit die Handelsflagge die schwarz-rot-goldene Gisch geführt hätte, vielmehr weiß doch jeder, daß die Nationalversammlung in Weimar diese Flagge geschaffen hat.

Der Minister schloß: Abgesehen davon, daß diese Verordnung ihren Ursprung schon in der Verfassung selbst findet, wird sie kein anderes Ergebnis haben als jene, durch die der veritorbene Reichspräsident das Deutschlandlied zur Nationalhymne erklärte, nämlich: Einseitig parteipolitisch monopolisierte und damit mißbrauchte Gefühlswerte für den deutschen Gegenwartsstaat zu retten und ihm dadurch neue Anhänger zuzuführen. Wir treten jetzt in eine große Anzahl von neuen Handelsverträgen. Unsere Handelsflotte ist wieder stark geworden und trägt als Symbol des Deutschlands unsere Handelsflagge, die unsere Vertretungen im Auslande neben der Reichsflagge in Zukunft auch führen sollen. Darin einen Stoß gegen die Verfassung sehen zu wollen, ist ein Gedankengang, den ich überhaupt nicht verstehen kann. Eine Verletzung der Verfassung wäre im übrigen einem Manne wie dem Reichspräsidenten von Hindenburg völlig unmöglich, genau so unmöglich wie es ihm aber auch ist, die ihm durch die Verfassung zustehenden Rechte aufzugeben.

A. Ollenhauer.

Die christlichen Gewerkschaften tun nicht mit.

Amsterdam, 6. Mai. Wie zuverlässig verläutert, hat sich der christlich-nationale Gewerkschaftsbund gegen die Beteiligung an einer Unterstützungaktion für die im Streike befindlichen englischen Gewerkschaften ausgesprochen. Von Seite der christlichen Gewerkschaft wird erklärt, solange die wirklich niedrig bezahlten englischen Bergarbeiter allein im berechtigten Kampf gestanden hätten, sei ihnen jede Sympathie von Seite der christlichen Gewerkschaft zuteil geworden. Dies sei aber nicht mehr möglich, nachdem man zu dem verwerflichen und auch den Interessen der Arbeiter nachteiligen Mittel des Generalstreikes gegriffen habe.

Die Dominions greifen ein.

Johannesburg, 7. Mai. Der Zollauschuß der südafrikanischen Trade-Unions beschloß, den Streikenden in England jedwede Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die Ausfuhr nach England soll eingestellt werden. Die Seher werden aufgefordert, keine gegen den Streik gerichteten Meldungen und Artikel zu setzen.

Die Jugendinternationale für die englischen Arbeiter.

Das Sekretariat der Sozialistischen Jugendinternationale hat an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam folgendes Telegramm geschickt:

„Die in der Sozialistischen Jugend-Internationale vereinigte arbeitende Jugend versagt nicht großer Anteilnahme den Niesenkampf der englischen Arbeiterschaft. Sie übermittelt dem Internationalen Gewerkschaftsbund das Gelöbniß, daß die junge Garde des internationalen sozialistischen Proletariats an der Durchführung aller aus diesem Anlaß notwendig werdenden Unterstützungsaktionen der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung mit aller Kraft mithelfen wird. Die Sozialistische Jugend ist erfüllt von dem Bewußtsein, daß der Kampf der englischen Arbeiterschaft um menschenwürdige Lebensbedingungen gleichzeitig ein Kampf für eine hellere Zukunft der arbeitenden Jugend ist.“

Tagesneuigkeiten.

Ein Au! nach Verständigung. Ein Versuch der Studenten.

Nicht zum erstenmal ereignet es sich, daß von Seite der tschechischen Studenten ihren deutschen Kollegen die Hand geboten wird. Der Zentralverband der tschechischen Studenten (Ústřední svaz) hatte für Dienstag, den 5. Mai die deutschen Kollegen zu einem Vortrag über die Organisationsformen der deutschen Studentenschaft eingeladen. Herr Littva, der der liberalen Refe- und Redehalle nahesteht, erstattete das Referat, in dessen Verlauf er auf die Entwicklung und das Wesen der deutschen Studentenschaft näher einging und den Mangel einer allgemeinen Standesorganisation auf deutscher Seite feststellte. Er ging auch auf die Ursache des Mißtrauens von Seite der deutschen Studentenschaft ein, die in ihrer Gesamtheit wenig Lust zeigt, gemeinsamen Standesverbanden beizutreten, als bis Organisation zu arbeiten. Der erste Schritt in der Frage eines gemeinsamen Verbandes müßte von tschechischer Seite geschehen. — Das Fruchtbarste war die Debatte, die von der Genossin Rigrin in beiden Landessprachen muntergeleitet wurde. Von deutscher sozialistischer Seite wurde festgestellt, daß es nicht eher zu einer gedeihlichen Lösung in der Frage eines gemeinsamen Standesverbandes kommen könne, als bis das Minoritätenproblem in seiner Gesamtheit gelöst sein wird. Die deutschen Studenten seien zu ihrem Großteil für eine derartige Sache einfach noch nicht reif, denn während sich nach dem Kriege alles um sie geändert hat, ist die Mehrzahl der deutschen Studenten dort stehen geblieben, wo sie vor dem Kriege war; bei politischer und wirtschaftlicher Reaktion. Genosse Bisek legte die Zweckmäßigkeit eines derartigen gemeinsamen Verbandes dar, der in Verfolgung reiner Standesfragen, dem Studenten vollständig freie Hand lasse, sich politisch wo und wann immer zu betätigen. Als greifbares Ergebnis der Aussprache kann der Antrag J. N. C. Mayer angesehen werden, daß der Ústřední svaz an die verschiedenen deutschen Studentenorganisationen eine offizielle Einladung zur Schaffung eines paritätischen Ausschusses richten mögen, der sich mit den wirtschaftlichen Fragen zu befassen hätte. Nachdem der Vorsitzende der Ústřední svaz eine zustimmende Erklärung abgegeben hatte, schloß der interessante Abend.

Die Abtreibung der Leibstrucht.

Milderung der Strafbestimmungen in Deutschland.

Berlin, 7. Mai. (Wolf.) Im Reichstag wurde heute der Gesetzesentwurf zur Milderung der Strafbestimmungen über die Abtreibung der Leibstrucht in zweiter und dritter Lesung mit 214 gegen 173 Stimmen angenommen.

Zum Nikolausbürger Brandungslud. Mittwoch weilt im Auftrage des Parteivorstandes und der parlamentarischen Fraktion unserer Partei Genosse Laub in Nikolauburg, wo er an Ort und Stelle durch Besprechungen mit den vom Unglück Betroffenen und den zuständigen Behörden alles Nötige erhebt, um die nötigen Schritte zur Hilfeleistung für die schwer geschädigten Bewohner einzuleiten zu können.

Freiheit der Luftschifffahrt. Das neue Abkommen zur Regelung der deutschen Luftfahrtbestimmungen ist nach Abschluß der nun bereits sechs Monate währenden Pariser Verhandlungen am Donnerstagabend paraphiert worden. Das Abkommen bringt Freiheit für die deutsche Handelsluftfahrt, das heißt, Befreiung der Londoner Begriffsbestimmungen, die über die Bestimmungen des Versailler Vertrages weit hinausgingen und den deutschen Luftfahrzeugbau in eine unerträgliche Zwangsjacke einschnürten. Die Garantie für die Innehaltung der neuen Bestimmungen übernimmt jetzt die Reichsregierung. Damit ist die Tätigkeit des internationalen Garantienkomitees überflüssig geworden. Das Verbot militärischer Luftfahrzeuge bleibt bestehen, ebenso dürfen bewaffnete Polizeiluftfahrzeuge nicht gebaut werden. Der Bau von Jagdflugzeugen ist nur nach besonderer Genehmigung durch das Reich gestattet. Diese Genehmigung wird erteilt bei Wettbewerben, zur Aufstellung eines neuen Rekords und dergleichen. Ebenso ist der Bau von Flugzeugen für Forschungszwecke, vor allem zur Erkundung der Wetterbildung in großen Höhenlagen (oben bis zwölf Kilometer) nicht beschränkt. Reichswehrangehörige werden nur in beschränkter Zahl (72) zur Ausbildung als Sportflieger zugelassen (Frankreich bildet zur Zeit jedes Jahr 3500 Militärlieger aus). Das Reich als solches darf die Ausbildung von Sportfliegern nicht unterstützen; erlaubt ist nur die Unterstützung für die Ausbildung von Verkehrsfliegern. Die Segelflieger der Segelflugstationen wie zum Beispiel der Wasserkuppe, müssen registriert werden. Die wirtschaftliche Auswirkung der Befreiung der Londoner Begriffsbestimmungen wird sich nur ganz allmählich bemerkbar machen; denn im Augenblick fehlt das Kapital, um größere Serien von Luftfahrzeugen zu bauen. Ebenso kommt der Staat in Deutschland als Abnehmer von Luftfahrzeugen nicht in Betracht. Immerhin: die deutsche Handels- und Verkehrsluftfahrt ist frei. Im Anschluß an die Pariser Vereinbarungen werden jetzt besondere internationale Luftverkehrsverträge abgeschlossen, die den deutschen Flugzeugen die Fahrt nach Paris, den französischen die nach Berlin gestatten. Diese Flüge werden nach Zurückziehung des Garantienkomitees aufgenommen. Frankreich wird jetzt sein Lieblingsprojekt Paris—Prag—Moskau verwirklichen können.

Der Frankfälscherprozeß.

Der politisch wichtige Prozeß unter Leitung des Richters Törek. — Nadoßy gesteht. — Windischgräß bekennt sich nicht schuldig, da er nicht aus egoistischen Motiven gehandelt habe.

7. Mai. Heute hat in Budapest der Prozeß gegen die Frankfälscher begonnen. Endlich hat sich Pechlen aufgerafft, die hochgeborenen Verbrecher, die bereit waren, Europa in wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten zu stürzen und auf Kosten der Bevölkerung durch Schädigung fremder Valuten ihre alte Vorherrschaft wieder aufzurichten, vor ein Gericht zu stellen. Natürlich stehen sie vor einem Gericht, das den Befehlen von oben streng gehorchen wird. Dafür bürgt schon der Name des Präsidenten des Gerichtshofes, des berühmten Richters Törek. Jedemfalls wird man mit Wein und Perleppchen gehalten werden, anders umgehen als mit den Demokraten, Sozialisten und Arbeitern, die täglich die Folter der schon längst nicht mehr an der Spitze immerhin noch unangenehme Ueberraschungen bringen. Stehen doch nur wenige Angeklagte vor Gericht, während der größere Teil der allen diesen gelingen wird, im Verborgenen

Budapest, 7. Mai. Für die heute beginnende Hauptverhandlung der Frankfälscher wurde gestern der Gerichtsrat endgültig zusammengestellt. Präsident des Gerichtsrates ist Auriatrichter und Vizepräsident des Staatsgerichtshofes Dr. Geza Törek, neben dem die Gerichtshofrichter Dr. Ignaz Mehes und Dr. Alois Barady-Brenner als Beisitzer fungieren werden, während der Gerichtshofrichter Dr. Michael Szabolcska als Hilfsrichter an der Verhandlung teilnimmt. Die Anklage werden der Präsident der Budapester Staatsanwaltschaft Oberstaatsanwalt Dr. Sztrache und der Vizepräsident der Staatsanwaltschaft Dr. Eugen Rakkai gemeinsam vertreten. Zur Hauptverhandlung sind 24 Angeklagte vorgeladen, von denen nur zehn sich in Haft befinden, u. a. Prinz Windischgräß, Emerich Nadoßy, Ladislaus Gerö, die sich im Gefängnis der Budapester Staatsanwaltschaft in der Marko-Gasse, und Ludwig Hajts, Alexander Kurz und Desider Kaba, die sich im Wiener Gefängnis der Staatsanwaltschaft befinden. Josef Szörtsch befindet sich in häuslichem Gewahrsam. Von den 14 auf freiem Fuß befindlichen Angeklagten sind außer dem Direktor der Postparafissa Gabriel Baroh die meisten Angestellten des Kartographischen Instituts. Zur Hauptverhandlung sind ferner 46 Zeugen vorgeladen sowie zwei Sachverständige der Ungarischen Nationalbank.

Budapest, 7. Mai. Nachdem die Anwesenheit der vorgeladenen Zeugen konstatiert worden war, wird der Entscheid des Anklagenates seinem ganzen Umfange nach verlesen. Nach Verlesung der Anklageschrift werden sämtliche Angeklagte mit Ausnahme Nadoßys aus dem Saale geführt.

Nadoßy bekennt sich als schuldig. Er habe ungefähr vor vier Jahren den Besuch des Prinzen Windischgräß empfangen, der ihm sagte, man habe ihm einen Plan empfohlen zur Fälschung und Verwertung von französischen Tausendfranknoten. Auf diese Weise könnten Beträge beschafft werden zur Finanzierung patriotischer Zwecke. Im ersten Augenblicke habe ich, sagte Nadoßy, diesen Plan als undurchführbar, als eine Ekelei bezeichnet und gesagt, derlei Dinge nicht zu machen. Später sei Windischgräß noch einmal zu Nadoßy gekommen und habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß wegen Mangels an materiellen Mitteln patriotische Ziele nicht verwirklicht werden können. Da Nadoßy selbst die Empfindung hatte, daß etwas zur Erreichung der patriotischen Ziele geschehen müsse, wurde vereinbart, daß er zur Benützung der Angelegenheit Hilfe leisten werde. Während der Herstellung der falschen Franken, über deren einzelne Phasen ihn Windischgräß informierte, seien Schwierigkeiten aufgetaucht. Da Nadoßy nicht wußte, wie die falschen Franken in Verkehr gebracht werden könnten, empfahl er dem Prinzen, einen Sachverständigen zu befragen, und da der Prinz keinen geeigneten Mann hatte, berief er (Nadoßy) den Generaldirektor der Postparafissa (J) Baroh, mit dem er gut befreundet ist. Anfänglich verwahrte sich Baroh, schließlich ließ er sich jedoch von Nadoßy überreden. Als für die Ausfuhr des falschen Geldes gesorgt werden mußte, habe er auf Ersuchen des Prinzen Windischgräß für Jantowich einen Kurierpaß und für die übrigen jungen Leute Reisepässe verschafft. Die Fälskate wurden tatsächlich ausgeführt und die jungen Leute, die mit der Verwertung betraut wurden, hätten vorerst ein Telegramm des Prinzen abwarten müssen, das jedoch an Nadoßys Zustimmung geknüpft war. Dieses Telegramm konnte nicht mehr abgefaßt werden, da Jantowich inzwischen einen Versuch mit der Verwertung der Fälskate machte, in Haft geriet und die ganze Sache ans Licht kam. So daß auch Nadoßy nicht mehr dem Ministerpräsidenten darüber Bericht erstatten konnte, die Angelegenheit verhindert zu haben, und daß auch er selbst darin verwickelt sei.

Deutschland dürfte eine Linie nach Madrid und später nach Südamerika einrichten. Ebenso soll in absehbarer Zeit die dänische Luftlinie Kopenhagen—Damburg verwirklicht werden. Der Zepplinflugbau ist ebenfalls frei, die Halle in Friedrichshafen wird nicht zerstört.

Ins Salzammergut vom 19. bis 25. Juni (7 Tage) Gmunden, Bad Ischl, Hallstadt, Eishöhlen, Wolfgang- und Mondsee, Salzburg, Hallein, Berchtesgaden, Königssee, Hellbrunn werden noch Teilnehmer zur Wanderfahrt in beschränkter Zahl zugelassen. Letzter Meldebtag 20. Mai 1926. Billigste Reisekosten bei größter Bequemlichkeit. Die Mittelmeer—Italien-Reise vom 8.

Nadoßy gibt weiter an, keine Kenntnis davon zu haben, wieviel Fälskate angefertigt wurden. Als die Aktion begann, hieß es 35.000 Stück. Ihn habe hauptsächlich die Inverkehrsetzung der Fälskate interessiert. Als die Sache schon in den Fingern brannte, sah man, daß die Fälskate zum Teil schlecht sind. Angeblich gelang es, 8000 Stück auszuwählen, die zur Verwertung geeignet waren. Die Aufgabe Jantowichs war gewesen, die falschen Franken auszuführen und den jungen Leuten zu übergeben, die sich zu ihrer Verwertung bereit erklärt haben.

Nach der Pause wird Windischgräß in den Saal geführt. Er bekennt sich als nicht schuldig und zwar aus zwei Gründen: zunächst weil die ihm zur Last gelegten Handlungen keine individuell egoistischen Verbrechen, sondern ein Motiv des Kampfes des Ungartums sind. Dieses Motiv habe einen großen Hintergrund. In zweiter Reihe habe ich so viele gewichtige Gründe dafür, daß man uns dessen anklagen kann. Diesbezüglich wünsche ich mich im Laufe der gegenwärtigen Hauptverhandlung nicht zu äußern. Auf die Frage des Vorsitzenden gibt Windischgräß an, die Idee der Frankfälschung stamme nicht von ihm, sie war in gewissen Kreisen schon vorhanden. Es sei ein Irrtum, daß die Idee aus dem Ausland stamme. Aus dem Ausland stamme bloß die Möglichkeit der Verwirklichung, nämlich die Papierfabrikation. Von der Idee, 1000-Franksnoten zu fälschen, dürfte er im Jahre 1922 zuerst gehört haben. Ihr Ursprung sei in die gleiche Zeit zurückzuführen wie die Solofälschungen. Als er sich in die Sache einmischte, waren bereits lithographische Seiten vorhanden, doch wisse er nicht, von wem und aus welcher Aktion sie herkommen. Was er allenfalls wüßte, könnte er nicht aussagen. Ueber die Inverkehrsetzung der Fälskaten befragt, erklärte Windischgräß, daß die Organisierung der Verwertung nicht seine Aufgabe gewesen sei. Diesbezüglich habe ein anderer einen Plan ausgearbeitet und Anweisungen erteilt, doch verweigere er den Namen dieses anderen zu nennen. Insgesamt hatten acht Personen die Verbreitung der Fälskate übernommen. Die ganze Aktion habe er, Windischgräß finanziert und dazu etwa 9½ Milliarden Papierkronen aufgewandt. Für Zwecke der Inkrassierung habe Windischgräß Jantowich etwa 140 Millionen Rubelkronen gegeben, so daß auf jeden einzelnen circa 20 Millionen entfielen.

Auf Befragen gibt Windischgräß an, daß er Nadoßy noch im Stadium des Planeschmiedens in die Aktion einbezogen habe. Sowohl von Seiten Windischgräß' wie von anderen Seiten hielt man es für gut, daß derjenige, der die öffentliche Ordnung des Landes zu kontrollieren hat, ein Augenmerk dafür habe, daß die Interessen des Landes nicht tangiert werden und eventuelle persönliche Interessen nicht zur Geltung kommen können. Windischgräß habe mit Nadoßy alles besprochen, denn er habe die Verantwortung für die Aktion nur mit vollem Wissen der Behörden übernommen. Daran habe natürlich niemand gedacht, daß eine solche Verfolgung eintreten könnte.

Der pensionierte Leiter des Kartographischen Instituts Hajts fühlt sich nicht schuldig, da er davon überzeugt war, daß das Unternehmen einen patriotischen Zweck verfolgte und die Integrität des Landes fördern soll. Auch er war einer gewissen amtlichen Unterstützung und Wohlwollens gewiß. Als man ihn, Hajts, zur Teilnahme bewog, habe man sich auf Nadoßy berufen und ihn als Exponenten höherer Behörden bezeichnet.

Die Verhandlung wird hierauf auf morgen vertagt.

Am 23. Juli (16 Tage) berührt Triest, Ragusa, Patras, Neapel, Rom, Florenz, Venedig. Letzter Meldebtag 30. Mai. Interessenten verlangen Prospekt von der Organisation für Urlaubsbreien Sie Bodenbach a. C., Dresdnerstraße 88, gegen Kö 2.— Rückporto.

Das kommunistische Durchhaus. Die Zeitung der kommunistischen Partei Deutschlands hat den Beschluß gefaßt, zwei weitere Abgeordnete, nämlich Boffau und Lodgingen, die beide rheinische Wahlbezirke vertreten, auszuschießen. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, daß beide gegen die Partei gearbeitet und zusammen mit Ivan Kab gegen die Zentrale konspiriert hätten. Boffau und Lodgingen

Rundfunk für Alle!

Hauptversammlung des „Freien Radiobundes“.

Am 16. Mai in Bodenbach. Der Vorstand des „Freien Radiobundes“ beruft für Sonntag, den 16. Mai, 9 Uhr vormittags, nach Bodenbach, Volkshalle, die erste Hauptversammlung ein. Tagesordnung: Bericht des Geschäftsführers, Unser technisches Programm, Änderung der Statuten, Erzwahlen. — Gleichzeitig mit der Hauptversammlung findet, ebenfalls in der Bodenbacher Volkshalle, eine Radio-Ausstellung statt. — An der Hauptversammlung sind alle Mitglieder des „Freien Radiobundes“ teilnahmeberechtigt.

Programm für morgen, Sonntag:

Prag, 8.30, 20, 22 Nachrichten, 10.30 Orgelmatinee, 17 Konzert, 18 Deutsche Sendung; Zum Muttertag. Dr. Fischer: Aussprache. — Dr. Dr. Bruno Fischer: Dramatische Lieder; 20.02 Lustiger Abend. — Brunn: 9.30 Landv. Rundfunk, 10 Konzertmatinee, Kompositionen Fr. Neumanns, 19 Uebertragung aus dem Nationaltheater in Brünn „Die Jüdin“ von Salow. — Wien: 10 Chorvorträge der Wiener Sängerknaben; N. Schumann, 11 Orchesterkonzert des Wiener Symphonieorchesters, 16 Populäres Orchesterkonzert, 19 Uebertragung aus dem großen Konzerthausaal; Konzert des Arbeiter-Sängerbundes „Favoriten“ und des Frauenchores „Favoriten“. — London: 21.15 Konzert. — Paris: 12.45, 20, 20.30 Konzerte. — Berlin: 9 Morgenfeier, 11.30 Konzert, 16.30 „Die Notwendigkeit einer umfassenden Erholungs-fürsorge für unsere Jugend“, 19.35 „Schürren“ aus dem Volksleben, 20.30 Konzert. — Leipzig: 10 Goethe und Beethoven, 12 Musikalische Stunde, 14 Festkonzert aus dem Banquetaal der Wartburg.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zurich 515

sollen heimlich mit Raß Zusammenkünfte gehabt haben, mit dem Endziel, die jetzige Opposition zu stärken und die gegenwärtig führenden Männer in der Zentrale zu stürzen. Damit scheint die „Säuberungsaktion“ in der kommunistischen Partei jedoch noch nicht abgeschlossen zu sein. Sicherem Vernehmen nach droht auch dem Abgeordneten Scholem in nicht allzuferner Zeit das Schicksal der bisher Gemahregeligen. — Die kommunistische Abgeordnete Agnes Schmidt-Gotha ist aus der kommunistischen Landtagsfraktion ausgetreten. Mit diesem Austritt ist die nach den letzten Wahlen 13 Mitglieder starke kommunistische Fraktion auf 10 zusammengeschmolzen.

Endlich! Wie wir erfahren, wurde gegen Imre Boleßy, der noch immer in Wien die „Stunde“ herausgibt, auf Grundlage einer Drohschüre, die ein ehemaliger Redakteur des Blattes veröffentlicht hatte, die Strafanzeige wegen Erpressung erstattet.

Adt Jäßer Vitor ausgetrunken. In einer Gemeinde in der Nähe von Szolnok wurden acht Jäßer aus der Sendung einer Budapest Vitorfabrik nach Rumänien von unbekannten Tätern aus dem Waggon geraubt und dann im Stiche gelassen. Die Ortsbewohner bemächtigten sich der Jäßer und veranstalteten ein großes Gelage. In einem einzigen Tage wurden alle acht Jäßer geleert und kein einziger im Orte war an diesem Tage nüchtern. Die Polizei hat gegen die Räuberführer der Beche das Verfahren eingeleitet.

Ein Nord durch einen Nationalsozialisten erfolgte in der Nacht vom Freitag zum Samstag bei Gernersheim auf der Straße nach Kreisbach. Angeblich wollten die Nationalsozialisten überfallen worden sein. Der Führer der Nationalsozialisten, Hilfslehrer Wilhelm Schmidt, erschloß bei dieser Gelegenheit den 18 Jahre alten Maurer Bandert aus Kreisbach. Der Täter wurde verhaftet.

Professor Brughsh (Berlin) hat gestern Vormittag in Begleitung des Delans der deutschen medizinischen Fakultät beim Minister für Schulwesen vorgeschoben, wo die Verhandlungen einen günstigen Verlauf genommen haben. Die Forderungen bezüglich der Erweiterung der zweiten medizinischen Klinik und Ausgestaltung des Laboratoriums wurden formuliert und werden demnächst dem Finanzminister vorgelegt werden. Es ist zu erwarten, daß Professor Brughsh mit 1. Juli nach Prag übersiedelt und die Leitung der Klinik übernimmt.

Eine neue Anleihe der Stadt Brünn. Das Stadtratspräsidium verhandelt wegen Aufnahme einer 30 Millionen-Anleihe, welche für Bedeckung des diesjährigen außerordentlichen Voranschlags bestimmt ist. Die Anleihe soll von einem Konsortium, an dessen Spitze die Prager städtische Sparkasse steht, aufgebracht werden.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 7. Mai.

	Wert	Dare
100 holländische Gulden	1357.75.—	1363.75.—
100 Reichsmark	893.25.—	897.25.—
100 belgische Franks	104.75.—	107.45.—
100 Schweizer Franks	652.87.50	655.87.50
1 Pfund Sterling	163.75.—	164.05.—
100 Lire	135.05.—	136.45.—
1 Dollar	33.70.—	34.—
100 französische Franks	105.80.—	107.0.—
100 Dinar	59.41.—	59.91.—
10.000 ungarische Kronen	4.68.75	4.78.75
1 0 polnische Lotz	322.—	328.—
100 Schilling	479.37.50	479.37.50

Der Prozeß der Giftmischerin Scierre.

Antoniette Scierre wegen sechs Giftmorde zum Tode verurteilt.

Ein Selbstmörderklub im Gymnasium. In einem Leinberger Gymnasium waren in der letzten Zeit zahlreiche Selbstmorde unter Schülern des Gymnasiums vorgekommen. Die Direktion des Gymnasiums leitete deshalb eine Untersuchung ein und diese ergab, daß am Gymnasium ein Selbstmörderklub existiert. Die polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

Der „Wunderdoktor“ von Tarbes, namens Ferdinand Soe, von dem seit Wochen ganz Südwestfrankreich in größter Erregung spricht, ist wegen Unterschlagung und unberechtigter Ausübung des ärztlichen Berufes verhaftet worden. Soe hat sich auch jenseits der französischen Grenze, besonders in Spanien, einen Namen gemacht. Die bisher vernommenen Zeugen haben recht seltsame Dinge über die „Heilkur“ des Wunderdoktors berichtet. Soe wendet insbesondere Beißchenbisse und Mixturen, die aus den seltsamsten Dingen zusammengebraut werden, an. So hat er kürzlich ein erkranktes sechsjähriges Mädchen über spitze Steine in seinem Hausflur hin- und herlaufen lassen und es dann ausgepeitscht.

Verachtete Interessen eines Seelförgers. Das Kapitel „bairische Justiz“ ist um einen neuen Fall reicher. Der katholische Geistliche von Leonberg bei Burglangensfeld züchtigte als Religionslehrer einen vierzehnjährigen Jungen, weil dieser bei Auseinandersetzungen zwischen den freien Turnern und dem Gesellenverein auf dem Spielplatz angeblich „Fret Heil!“ gerufen hatte. Die Mutter des Jungen beschwerte sich daraufhin bei dem Geistlichen, dem Kooperator Niebler, und erhielt zur Antwort: „Wie können Sie als christliche Frau Ihren Kindern zu den freien Turnern lassen. Sie wissen doch, daß das Kommunismus sind, das ist doch ein schlechtes Gefindel; da sind solche dabei, die erst aus dem Zuchthaus herausgekommen sind, wie zum Beispiel der Oberhauser, der Deinger und andere.“ Die beiden genannten Arbeiter, die bis heute noch nicht einmal einen einzigen Tag im Zuchthaus verbracht haben, sahen sich durch diese Verleumdung des Geistlichen aufs schwerste beleidigt und erhoben gegen ihn die Beleidigungsklage. Aber vor dem Amtsgericht Burglangensfeld wurde der Kooperator zwar der formellen Beleidigung schuldig erklärt, ihm jedoch gleichzeitig in vollem Umfang der Strafausschließungsgrund der Wahrung berechtigter Interessen zugesprochen, so daß der Richter Freispruch verkündete. Es war selbstverständlich, daß die beiden beleidigten Arbeiter gegen dieses unerhörte Urteil Berufung einlegten, die dieser Tage vor der Regensburger Strafkammer verhandelt wurde. Sie endete empörenderweise mit der Verwerfung der Berufung unter Hinzufügung folgender Begründung: In den Äußerungen des Kooperators ist eine Beleidigung zu erblicken, der Geklagte ist sich bewußt gewesen, die Kläger herabzusetzen. Der Kooperator hat aber aus Gründen gehandelt, die in seiner Eigenschaft als Seelförger und als Geistlicher gelegen sind. — Es gehört also nach diesem Urteil zu den „berechtigten Interessen“ eines Seelförgers, unbefohlene Leute als Zuchthäuser zu verleumdern!

Die gerettete Moral. Nach der päpstlichen „Servatore Romana“ hat der Patriarch von Venedig sämtliche Geistlichen, u. zw. auch denjenigen, die sich vorübergehend in Venedig aufhalten, den Besuch der großen internationalen Kunstausstellung verboten angesichts des Umstandes, daß sich darin einige Bilder befinden, die eine schwere Schädigung der Moral bedeuten.

Ein fortschrittlicher Richter. In der „Arbeiter-Zeitung“ lesen wir: „Bei noblen Leuten werden neustens Strafprozesse verwendet, um Segner, mit denen man etwa zivil- oder handelsproffessionale Angelegenheiten auszutragen hat, gefügig zu machen. In den Kreisen armer Leute scheint der § 144 für die Zwecke der Preßion und der Rache zu dienen. Und die Justiz funktioniert da wie dort feindlicher als sonst für die Wünsche der Bevölkerung. Vor dem Landesgericht stehen zwei junge Proletariermädchen wegen des Verbrechens der Fruchtstrolcherei angeklagt. Was diese Prozesse um so widerlicher macht, ist, daß die Taten der beiden um Jahre zurückliegen und aus persönlicher Geheißigkeit von Verwandten der Angeklagten der Polizei denunziert worden sind. Vor zwei Jahren hatte eine sechzehnjährige Arbeiterin ein Verhältnis mit einem gleichaltrigen Burschen und wurde schwanger. Um 70 Schilling half ihr eine Hebamme in ihrer Not. Sie lebt seither noch immer mit dem jungen Burschen und ist jetzt auch Mutter eines Kindes. Die Mutter des Burschen wünschte aber die Fortdauer des Verhältnisses nicht, und sie zeigte das Mädchen wegen Fruchtstrolcherei an. Die Angeklagte leugnete, daß sie damals überhaupt schwanger war, die Hebamme konnte nicht gefunden werden, der Arzt erklärte, daß er damals nicht genau feststellen konnte, daß das Mädchen schwanger war. So ging der Richter mit einem Freispruch vor. — Im zweiten Fall hat sich die einundzwanzigjährige Angeklagte selbst bei Gericht angezeigt, um die ewigen Drohungen und Vorwürfe ihrer Tante, bei der sie leben mußte, zum Schweigen zu bringen. Der Richter verurteilte sie zu zwei Wochen strengen Arrests, die erpresserische Tante zu drei Monaten strengen Arrests, beide bedingt mit zweijähriger Bewährungsfrist, die Hebamme zu sechs Monaten schweren Arrests. — Würde auch natürliches Rechtsbewußtsein dem Mädchen Freispruch und der barbarischen Tante die sechs Monate der Hebamme wünschen, so ist doch das Urteil als fortschrittliche Tat zu begrüßen.

Die Nachtigall im Mundst. Die englischen Rundfunkhörer legen besonderen Wert darauf, das Lied der Nachtigall unter den Darbietungen der Funkstunde zu finden, und deshalb hat man in einem Garten in Surrey, wo sich eine besonders tonkräftige Primadonna der Vogelwelt findet, einen Aufnahmeapparat aufgestellt, der nach 11 Uhr, am besten kurz

Elisabeth Faustin schreibt ihrem Wiener Blatte folgenden Bericht über den kürzlich in Nimes (Frankreich) zu Ende gegangenen Sensationsprozeß:

Antoniette Scierre, die des sechsfachen Giftmordes und des zweifachen Giftmordversuches angeklagt war, ist nach mehrtägiger Verhandlung zum Tode verurteilt worden.

Kurz vor der Anklagefrist ihr Leben auf Antoniette Scierre, als Kind italienischer Kaufleute geboren, beginnt mit neunzehn Jahren alle Freiheiten auskosten, die ihr ein abenteuerliches Leben in den Weg wirft. Der Teil Bürgerlichkeit aber, der in ihr ist und der in ihrer Erscheinung so sehr zum Ausdruck kommt, weicht sie zehn Jahre später in den Hafen der Ehe. Ihr Gatte, der Gärtner Salomon, weiß, daß seine Frau mitunter sehr „schmutzige Wege“ ging. Aber er hofft, daß Liebe, Bequemlichkeit und das Gefühl für das Kind, das sie erwartet, stark genug sein werden, um sie an eine anständige Existenz zu binden. Ein Jahr geht es ausgezeichnet. Die Frau ist häuslich, geschäftig, fleißig. Liebt das Kind außerordentlich. Dann kommt der Krieg, Salomon rückt ein. Ein paar Monate dauern Treue und Verehrungen noch. Dann beginnt das alte wilde Leben.

Als Salomon wegen Krankheit vom Militärdienst befreit, nach Hause zurückkehrt, nach fast dreijähriger Abwesenheit, beilen sich die Nachbarn, ihm alles zu erzählen. Er überlegt sich die Sache nicht lange und wirft die Frau aus dem Hause. Sie geht zum Kinde. Lebt einmal da, einmal dort. Ist Bedienerin, bessert Wäsche aus, verdingt sich als Krankenpflegerin. Im Beginn des Jahres 1924 läßt sie sich in St. Gilles nieder, in einem kleinen Nest bei Nimes. Lernet dort den Arbeiter Rossignol kennen, zieht zu ihm. Nach wenigen Wochen schon beginnt Rossignol sie zu schlagen. Prügelt sie so grausam, daß Nachbarn ihr zu Hilfe kommen müssen. Einmal hörte ihn die Polizei und er wird wegen schwerer Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

In diese Zeit fällt ihre Bekanntschaft mit Rosalie Gire, einem Dragoon von Frauenzimmer, mit einer Kommandostimme. Die beiden stecken viel beisammen, spielen Karten, trinken Kaffee, betrauschen die Nachbarn. Rossignol kommt aus dem Gefängnis zurück, prügelt weiter, schimpft weiter. Gewohnheit oder Höflichkeit — die Scierre bleibt. Aber da seine Brutalität oft unerträglich wird, braucht sie irgendeine Tröstung und beginnt zu trinken. Bald trinkt sie maßlos.

Krankenpflegerin und Mörderin.

Am 10. Dezember wird sie zu einer kranken Düglerin gerufen. Pflegt sie einen Tag. In der Nacht stirbt die Frau, wird begraben, ohne Sektion, ohne weitere Untersuchung. In der Weihnachtswacht bittet die alte Chapelle, bei der die Scierre wohnt, um Pflege und Nachtwache. Am nächsten Tag sind beide Eheleute Chapelle tot. Saint-Gilles schläft ruhig weiter. Am 18. März stirbt Rossignol plötzlich, kurz nach einem erbitterten Streit. Jetzt beginnt man zu flüstern. Am 24. März pflegt die Scierre Madeiroselle Martin. Auch diese stirbt am nächsten Tag. Am 9. April läßt Frau Gouant — erstauktlich genug — die unheilbringende Krankenpflegerin holen. Stirbt am folgenden Tag. Ihr Gatte erkrankte an den gleichen Symptomen, kann aber gerettet werden. Am nächsten Tag bringt man Frau Mirman, bei der die Scierre übernachtet hatte, fast sterbend ins Spital. Zwei Stunden später wird die Scierre verhaftet.

Nach kurzem Leugnen gesteht sie bald. Eine Flasche mit Pyralion, im Weinbau verwendet, das eine außerordentlich starke Dosis Arsenik enthält, wird im Stall der Chapelles gefunden und macht den letzten Versuch zu leugnen nutzlos. Sie gesteht. Gesteht aber nur drei Morde: die an den beiden Chapelle und an Rossignol, die sie alle drei in Volltrunkenheit und unter unwiderstehlichem Zwange begangen haben will. Bei den Chapelles hat sie ein paar Franks gestohlen, bei den anderen nichts.

Vor den Geschworenen.

Angeklagt des sechsfachen Giftmordes und des zweifachen Giftmordversuches. Das runde, volle Gesicht hat sie fast ständig von einem violetten Schleier bedeckt, dessen Ende sie um den kurzen Hals geschlungen trägt. In den Augenblicken, in denen sie den Schleier

sinken läßt, sieht man Züge, die einmal schön gewesen sein müssen, die aber längst entstellt wurden vom Alter, vom Trunk, von Leidenschaften. Das rechte Augenlid ist schlaff, erhebt sich oft nur bis zur Mitte des Auges und gibt dem Blick etwas Leuerndes, Unaufrichtiges.

Während der Verlesung der Anklagefrist, der Zitierung ihrer Opfer und der Aufrollung ihres Lebens, das aus Ausschweifung, Trunk und Prügelei bestand, zuckt sie mit keiner Wimper. Das breite, aufgedunsene, bleiche Gesicht gleicht einer Mase.

Mit größter Eindringlichkeit will sie das Gericht dazu bringen, alle sechs Morde zu bekennen. Sie weicht von ihrer Verantwortung nicht ab und beschuldigt ihre Freundin Gire der Mittäterschaft und der Beschaffung des Giftes.

Die Anklage als Anklägerin.

Als Rosalie Gire an die Barre tritt, atok, stark, unförmig fast, ein braungebranntes Gesicht, festam starke Augen, wird die Scierre unruhig, schiebt den Schleier zurück. Weinerlich, mit erstaunlich schwacher Stimme beginnt Rosalie Gire ihre Aussage, weist die Anschuldigungen der Scierre zurück. Die hat sich erhoben. Bittet um Wort. Wendet sich an die Gire: „Was, du weicht von nichts. Von Dion — Sie weicht von nichts. Du warst dabei, bei der Chapelle und bei der Mirman. Die Mirman haben wir vergiftet wollen, weil es der Herr Gemahl gewünscht hat. Und du, du hast mir das Gift gegeben, hast es in den Löffel geschüttet. Jetzt natürlich, weil du das Gefängnis riechst, fürchtest du anders. Ich bin nichts als deine Schülerin.“

Die Gire, unter der Kupferhaut bloß geworden, verückt sich zu verteidigen. Aber sie hat Bed. Zwei Belastungszeugen melden sich. Die vergiftete und noch immer leidende, von einem Diener gestützte Madame Mirman und Fräulein Basse bezeugen beide, daß ihnen die Gire verdächtig erschienen sei, besonders nach der Verhaftung der Scierre. Sie sei ratlos umhergelaufen, habe geweint und gestöhnt und immer wieder ausgerufen: „Jetzt hab ich keine ruhige Stunde mehr.“

Für Sekunden ist es totenstill im Saal. Alle Pfide hängen am Advokaten, General Vermeil. Der winkt mit einer lässigen Handbewegung ab: „Jetzt geht es um die Scierre.“

Die Zeugen des dritten Tages, in Trauer gekleidete Verwandte, Polizisten, Hausmutterinnen, werden in wösender Hast verhört. Noch einmal wird die Frau Gire gebraucht — irgendwelche Widerprüche drohen eine Aussage als unwahr hinzustellen. Aber Frau Gire hat es vorgezogen, nicht mehr zu erscheinen. Konsterniert meint der Präsident: „Aber sie hat es doch gestern bestimmt versprochen.“

A mort, a mort! — Zum Tode! Zum Tode!

Am 6. Uhr zieht sich das Gericht zurück. Die Luft im Saal ist erstidend. Draußen auf dem Plage vor dem Gericht staut sich eine unabsehbare Menge.

Zwanzig Minuten dauert die Beratung. Zwanzig Minuten nur. Dann wieder die roten Roben, die bleichen Gesichter. „Im Namen der Republik. . . Antoniette Scierre zum Tode verurteilt. . . Soll hingerichtet werden auf einem Plage zu Nimes.“

Antoniette Scierre steht aufrecht. Der Schleier ist zurückgeschoben. Ihr Gesicht ist totenblau. Bei den Worten . . . condamnée à avoir la tête tranchée sur une place de Nimes. . . (verurteilt, auf einem Plage in Nimes geköpft zu werden), schwankt sie, greift sich an die Stirne. . . Pflöschlich umklammert sie das Geländer, neigt sich vor, schreit: „Ja, ja, ich bin schuldig, aber nicht ich allein. Bei Gott, nicht ich allein.“

Fünf Minuten später ein tobendes Geheul auf dem Marktplatz. „A mort, a mort!“ (Zum Tode, zum Tode!), die Stimmen der Polizisten: „Jurid, jurid, im Namen des Gesetzes. . .“

Ein Kordon schließt sich um die Verurteilte. „Nicht über den Gang, vielleicht gleich die Stiege hinauf.“ Der Präsident ist besorgt. Mit schweren, felsam stapfenden Schritten schwankt die Scierre aus dem Saal. Der Gang ist schwarz vor Menschen. Pflösch, Drohrufe, geschwungene Arme. „Mörderin, Mörderin!“ Einen Augenblick hält die Frau an. Höret, neilt an den Knöpfen der Jacke. Endlich hat sie den Schal gefunden. Schlingt ihn zitternd um den Kopf, um das Gesicht. Und folgt blind, stolpernd den drängenden Soldaten. . .

bei nordwestlichem Winde eine neuerliche Abkühlung. — Wahrscheinliches Wetter morgen, den 8. Mai: Abnehmend unbedeutendes Wetter, vorwiegend bis wechselnd bewölkt, Neigung zu Niederschlägen, Temperatur wenig geändert.

Humor.

Suppengrün. Der kleine Karl wird von seiner Mutter öfnet. — Karl steht vor der Tür und fragt grün holen. — Nach kurzer Zeit klingelt es; die Mutter öfnet. — Karl steht vor der Tür und fragt die Erstante: „Mutter, ich habe es ganz vergessen, welche Farbe sollte ich bringen?“

Gewissen. „Verzeihung, ich habe gar keine Zeit“, geht Neumann schnell an seinem alten Hausarzt vorüber. „Haben Sie etwas gegen mich“, hält ihn dieser zurück. „Stets, wenn ich Sie treffe, weichen Sie mir aus oder versuchen, schnell vorbei zu kommen.“ „Im Gegenteil. Ich dachte, Sie wären böse.“ „Ja? Warum?“ „Weil ich schon seit zwei Jahren nicht mehr krank war.“

Volkswirtschaft.

Internationale Berufstaunonen.

Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiter.

Der Vorstand der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiter trat am 14. April in Hamburg zu einer Sitzung zusammen, die sich hauptsächlich mit der Vorbereitung des für den 29. und 30. Juni sowie 1. und 2. Juli in Kopenhagen anberaumten ordentlichen Kongresses befaßte. Der Sekretär der Internationale, Stenhus, wird auf dem Kongress einen Antrag des Vorstandes betreffend die Erweiterung und den Ausbau des internationalen Sekretariats unterbreiten. Ferner liegt eine Resolution der holländischen Organisation vor, in der auf die Wichtigkeit der Abhaltung regelmäßiger Konferenzen für bestimmte Industrien sowie im Zusammenhang damit darauf hingewiesen wird, daß die Verwaltung des Sekretariats im allgemeinen und besonders hinsichtlich der Organisation dieser Industriekonferenzen den Anforderungen, die in dieser Beziehung gestellt werden müssen, nicht genügt. Am Schluß auf einen Antrag des norwegischen Chemiarbeiterverbandes betreffend die Aufnahme des russischen Chemiarbeiterverbandes, teilte Stenhus mit, daß bis jetzt von keinem der zwei russischen Fabrikarbeiterverbände ein Aufschlußgehalt eingelaufen sei. Es wurde beschlossen, die russischen Organisationen als Gast zum Kongress zuzulassen, vorausgesetzt, daß ein diesbezügliches Geheul eintrifft.

Internationale Union der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Lebens- und Genussmittelindustrie.

Vom 17. bis 19. April tagte in Paris der Vorstand der „Internationale der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Lebens- und Genussmittelindustrie“.

Aus dem von der Exekutive vorgelegten Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß das Verhältnis zu dem russischen Verband ein bedeutend besseres geworden ist. — Der Vorstand pflichtete auf seiner Pariser Sitzung den Beschlüssen der gemeinsamen Sitzung der Berufsinternationalen mit dem Vorstand des J. G. B., Oktober 1925, bei. Die J. U. L. wird demnach einer Regelung zustimmen, die Richtlinien für die sich auf eine Regularisierung der Beziehungen zwischen den Berufssekretariaten und dem J. G. B. beschränken. — Ueber die Verhältnisse der Lebensmittelarbeiterverbände in den Balkanländern und die Beschlüsse der gewerkschaftlichen Balkankonferenz berichtete der Präsident der J. U. L. Der Vorstand erklärte sich damit einverstanden, nach Möglichkeit am Aufbau der dortigen Gewerkschaften mitzuwirken. — Ueber den Stand des Kampfes der Bäckereiarbeiter berichtete der Sekretär der J. U. L. Der Bericht ließ erkennen, daß dem Vorstoß der Arbeitgebergruppe im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes große Bedeutung beizumessen ist. Bekanntlich wollen die Arbeitgeber durch ein Urteil des Internationalen Gerichtshofes erreichen, daß die Nachtarbeit für die Bäckermeister erlaubt werden soll. Eine in diesem Sinne liegende Regelung würde ein Verbot der Nachtarbeit illusorisch machen. Der Vorstand erklärte sich mit den getroffenen Maßnahmen, die ein gemeinsames Vorgehen mit dem J. G. B. vorsehen, einverstanden.

Jahresberichte der Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat eine Entschliessung angenommen, welche sich auf die Erstattung von Jahresberichten der Mitgliedsstaaten über die Maßnahmen zur Durchführung der von ihnen ratifizierten sozialpolitischen Uebereinkommenen bezieht. Die Entschliessung empfiehlt der Internationalen Arbeitskonferenz einen Ausschuss einzusetzen, welcher die Mittel und Wege zu beraten hätte, um die in diesen Jahresberichten enthaltenen Angaben in der besten und vollkommensten Weise nutzbar zu machen, ferner um weitere Angaben zu beschaffen, die zur Ergänzung der vorhandenen dienlich sein mögen. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes hat die Entschliessung den Regierungen aller Mitgliedsstaaten mitgeteilt, damit sie in der Lage sind, ihren Delegierten vor der Abreise zur Konferenz bestimmte Anweisungen in dieser Angelegenheit zu geben.

Renesslicher Ausbruch des französischen Francken. Der französische Krank hat an der gestrigen Proger Börse 105 bis 107 notiert. Sein Wert nähert sich also schon dem der tschechoslowakischen Krone.

Prager Produktenbörse. (Offiz. Bericht vom 7. Mai.) Im Zusammenhange mit der etwas abgeschwächten Tendenz der Auslandsmärkte war auch die Haltung der heutigen Produktenbörse flau. Die Börse war sehr schwach beudigt und das Geschäft bewegte sich in den engsten Grenzen. Es fehlte sowohl an Nachfrage als auch an Angebot. Bei der Geschäftsllosigkeit konnten sich am Getreidemarkte Weizen und Hafer behaupten, während Roggen und Gerste etwas nachließen. Flau tendierte auch Mais. Bei Stroh und Heu vermochten sich höhere Preise zu behaupten. Auf den übrigen Gebieten bleiben die diensttägigen Preise nominell in Geltung. Es wurden notiert in Kk: Weizen böhm., Prag 200 bis 205, Roggen böhm., Prag 115—120, Gerste, böhm., Meikantil 130—135, Answahlgerste 145—150, Hafer böhm., feuchter, Prag 130—136, Hafer böhm., weicher 145—148, Mais jugosl., Prokburg 98, rumänischer, Kleinböhm., Dederberg 108, Cinquantin, Dederberg 110, Wehl ameril. Patent, Teischen 3.50—3.60, Weizenmehl 069 3.00—3.05, Weizenbrotmehl Nr. 4 2.05—2.10, Roggenmehl 0/1 2.30—2.35, Weizen-Gleichenmehl Nr. 1 2.15, Weizenklein 3.70—3.80, Fett, ameril., Teischen 13.80—13.90, ungar., Szob 14.10 bis 14.30.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für ihre Augen

liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.



ALPA SIEGT!

Durch die vielseitigen Eigenschaften wurde der MENTHOL-FRANZBRANNTWEIN ALPA zum Lieblinge des Volkes.

Die vielen Nachahmungen steigern nur den Absatz und den klangvollen Ruf dieser Marke. Wer nur einmal eine Nachahmung und nicht den echten ALPA Menthol-Franzbranntwein gekauft hat...

ALPA-MARKE

greifen. Gebet daher Euer Geld für wertlose Nachahmungen nicht aus und verlangt allein den echten Menthol-Franzbranntwein ALPA

Die ALPA-WERKE, gegründet in Friedensjahren, wollten nicht mit den verschiedenen wässrigen und wässrigen aufsteigenden Erzeugnissen verglichen werden.

Gerichtssaal. Kindesmord.

Wegen des Verbrechens des Kindesmordes hatte kürzlich das Egerer Schwurgericht über die noch nicht ganz 20jährige Maria Hoher aus Graslitz zu urteilen. Die Angeklagte hatte bei ihren Eltern am 11. März 1926 ein Kind geboren, ohne daß Eltern und Geschwister davon wußten.

Ein Ueberfall in der Karlsbader Krankenkasse. Am 18. März l. J. kam gegen 9 Uhr vormittags der 22 Jahre alte Arbeiter Alois Brummeißl in Altrohan, der schon einige Wochen in ärztlicher Behandlung stand, in die Krankenkasse in Karlsbad und erjunkte den Kassier Wilhelm Schloßbauer, er möge ihm das Krankengeld ohne Krankenzettel, welchen er verloren habe, auszahlen.

weigerte, um die er ober nach den Angaben Schloßbauers gar nicht ersucht hatte. Nach durchgeführter Verhandlung verneinten die Geschworenen die Frage auf vollbrachten Raub mit 12 Stimmen und bejahten mit 12 Stimmen die Frage auf leichte Körperverletzung des Kassiers Schloßbauer.

Kleine Chronik. Frühling in Kopenhagen.

Der dänische Militarismus wachte in Schönheit zu sterben. Als er die altbewährten Wälle von Kopenhagen aufgab, ließ er sie zu wunderbaren Parks umgestalten. Nun steigen aus verträumten Wassern, die mit sanften Biegungen und schilfbestäubten Landzungen sich der ehemaligen Festungsgrabenzirkulation entzogen haben, steile, busch- und baumbewachsene Hügel auf und aus den einstigen Grabenwehren wachsen lauschige Winkel.

Wenn im Hafen Wärme und Wind längst das letzte Eis verschmelzt haben, beginnt in den Parks das erste Grün, die erste Knospenschicht sich zu zeigen. Die Mädchen, die sich den Winter über gern an den für die Schwäne und Enten bestimmten Futtertrögen mit durchfüttern ließen, suchen wieder das Meer auf, die Enten beginnen sich nach Familienzuwachs zu sehnen — der Frühling beginnt!

Die sozialdemokratischen Wahlvereine halten ausnahmsweise gut besuchte Versammlungen ab mit dem Hauptpunkt: der Tagesordnung: „Die diesjährige Waldtour.“ Tausende von Radfahrern ziehen an Sonntagen in den Wald und kommen mit ungeheuerlichen Buchsenwegen zurück, und an dem zierlichen Renaissancehölzchen Rosenborg — nach dem alle die Dollarsprinzessinnen, die die dänischen Prinzen mit ungenügender Zivilliste heiraten, „Gräfinnen v. Rosenborg“ heißen — wideln gemeinschaftlich organisierte Gärtner bedächlig die Rosenstöcke aus.

Draußen aber, am Dersund, bereitet man sich auf die kommenden Touristen vor. Dankleis Grab bekommt seine alljährliche Frühlingsernovation, die Preislisten werden nach oben korrigiert und die Reklamer bemühen sich, so auszuweisen, als wenn sie Deutsch und Englisch könnten. Herrlich ist's auf der „Blette“, die sich vom Jagdschloß Eremitage zum Sund hinunterweht. Dort grasen Hirschrudel, geführt von alten Böden mit zehn und zwölf Enden, drinnen blaut der Sund, eingefaßt in grünen Strandwäld, jenseits leuchtet die schwedische Küste.

Turnen und Sport.

Die Mai-Festspiele des Bundesmeisters „Gleichheit“ Weistirklich.

Nach längerer Pause gelang es unserem Bundesmeister wieder, die sportlichen Beziehungen mit unseren reichsdeutschen Genossen aufzunehmen. Beide Spiele gestalteten sich zu einem vollen Erfolg. Beide Spiele wurden im überlegenen Stile gewonnen und dürfte die sehr saire und ruhige Spielweise in beiden Treffen nicht ohne Eindruck auf die sehr zahlreich erschienenen Zuschauer geblieben sein.

Am 1. Mai gegen B. J. B. Riefa 3:2 (3:0).

Eine halbe Stunde nach Ankunft in Riefa stellte sich Bundesmeister „Gleichheit“ in folgender Aufstellung seinem vorzüglichen Gegner: Karl; Waldhaus, Sammisch; Dill, Schlegler, Habel; Weber, Karl, Erlacher, Katro, Geppert. Das Spiel wird von Riefa mit flottem Tempo angeleitet und zeigt zunächst wechselnde Angriffe.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiegnz. Druck: Deutsche Zeitung A. G., Prag. Für den Druck verantwortlich: D. H. H. L.

einen harten Kampf und beide Gegner gehen voll auf sich heraus, doch an dem Resultat wurde nichts mehr geändert.

Ohne jeden Aufenthalt geht es von Riefa nach Meizen, dortselbst Ankunft um halb 10 Uhr abends.

Die Weihenauer Genossen hatten einen großartigen Empfang vorbereitet. Gegen 2000 Personen hatten sich eingefunden, um noch am gleichen Abend durch die Tat zu beweisen, daß die Parole des 1. Mai nach internationaler Verbrüderung und Befreiung des Völkerhasses keine Phrasen ist.

Am Vormittag des 2. Mai wurde eine Besichtigung des schönen alten Elbestädtchens unternommen (Meizen feiert im Jahre 1928 sein 1000jähriges Bestandesfest).

Am 2. Mai gegen „Freie Turner“ Meizen 9:2 (3:2)

Zu diesem Spiele trat „Gleichheit“ mit der gleichen Aufstellung wie in Riefa an, nur an Stelle Dills und Habels spielten Kestle und Strupp. In der sechsten Minute steht es schon 2:0 für Meizen. Zwei Ueberrumpelungstore, die leicht zu verhindern gewesen wären, wenn das Spiel gleich von der ersten Minute an ernst genommen worden wäre.

Tore wurden wegen Offside nicht anerkannt. Auch dieses Spiel wurde äußerst flott durchgeführt und durch Strafstöße fast gar nicht gestört. Ein schönes Zeugnis der sairen Spielweise beider Vereine.

Bundesmeister „Gleichheit“ spielt heute und morgen in Dresden. Am ersten Tage tritt er dem reichsdeutschen Bundesmeister, D. B. Dresden, gegenüber. „Gleichheit“ wird in diesem Spiele sich gewaltig strecken müssen, um ehrenvoll abzuschneiden.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Samstag, halb 8 Uhr Gastspiel Emmy Sturm: „Die spanische Nachtigall“. Sonntag halb 3 Uhr nachmittags Gastspiel Emmy Sturm „Der süße Cavalier“, abends halb 8 Uhr Gastspiel Emmy Sturm „Die spanische Nachtigall“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag halb 4 bis halb 6 Uhr Festschultheater; halb 8 Uhr „Bygmalion“. Sonntag halb 8 Uhr „Der wahre Jakob“, Montag „Ridel und die Gerechten“.

Das letzte philharmon. Konzert dieser Spielzeit (IV. ordentliches) findet Mittwoch, den 12. d. M., statt. Es bringt unter der Leitung Zemlinsky's und unter der Mitwirkung des Violoncellvirtuosen Prof. Friedrich Buxbaum folgendes Programm: 1. Cherubini: Ouvertüre zu „Alfio“, 2. Bloch: „Scheriso“, hebräische Rhapsodie für Solo Violoncello und Orchester (erste Aufführung in Prag).

Morgen Konzert Berliner Philharmonie mit E. Furtwängler, Luzerna 8 Uhr. 95 Künstler. Programm: Beethoven I, Brudner IV, Symph. Wagner „Lauhäuser“. Restliche Karten Wegler, Truhlar, Sonntag den ganzen Tag bei der Kasse Luzerna.

WARUM HAT



Berson 750

EINE SO UNGLAUBLICH LANGE LEBENSDAUER?

Rohmaterial: BERSON 750 sind aus den besten Para Gummisorten hergestellt, haben im Vergleich zu allen anderen Gummisätzen den größten Rohgummigehalt und erklärt sich daraus die besondere

DAUERHAFTIGKEIT

Industrielle Leistungsfähigkeit: BERSON 750 werden in den größten Fabriken der C. S. R. hergestellt und sind diese Fabriken auf dem Weltmarkt so leistungsfähig, daß sie für die hochwertigen Gummisätze BERSON 750 den billigsten Inlandspreis rechnen können.

BILLIGER ALS LEDER

Paßform: BERSON 750 ist das Resultat der Erfahrungen, die von den ersten Schuh- und Gummi-Fachleuten in der ganzen Welt gesammelt wurden.

ELEGANT UND PRAKTISCH

FÜR DEN GUTEN SCHUH

DEN BESTEN GUMMIABSATZ!

Berson 750

Weitverbessertes Modell der Mignon AEG-Schreibmaschine

mit allen Einrichtungen wie bei großer Maschine 15 und mehr Durchschläge. Durch einfache Handbewegung für jede Schriftart und Sprache zu verwenden. Preis konkurrenzlos.

Verlangen Sie Offerte von: AEG-Elektromaterial Brünn, Ant. Dvořáksgasse 11a. Telefon Nr. 1320.